

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Verordnungs-  
 Freiliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 jeite ober deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

**Kernsprecher:** Amt 1, Nr. 1508.  
**Telegramm-Adresse:**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 15. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Quittung.

Im Monat Dezember sind bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge eingegangen:

- Apolda 6,00, Augsburg, U. 20.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 50.—, 2. Kreis 150.— (darunter Sammelgeld Julie, Ritterstraße 75.—, nicht die d. Sch. Julie, Ritterstraße 47,20, M. P. 2.—, Ueberich vom Bahren Jahn 2,25), 3. Kreis 600.— (darunter Bierprocente Ritterstr. 47 9.—), 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 250.—, Berlin diverse Beiträge: Sächsischer Genosse in Moabit Ost. — Dez. 30.—, Dr. L. H. 20.—, L. u. H. Br. 5.—, Rothe Buchbinder, Grünstraße 5.—, Arbeiter von Schuster u. W. 12.—, Gutfenberg 118.—, Rothe Kindtaufe Strahburgerstraße d. B. Sch. 1.—, Pferdebahn-Billet und Streichholzsch. d. B. Sch. 2.—, C. E. 26 4.—, Arbeiter-Radsfahrer, Birkenwerder 3,50, Mundharmonika Vorwärts 3.—, C. St. Schleußig 4,50, Ein von den Rühmännern Kaltgestellter aus Südafrika 20.—, D. M. 10.—, Breslau, G. Kleinhold, Kl. Genschengasse, 10.—, Barmen, v. Genossen 100.—, Bayreuth, v. Genossen 10.—, Bergedorf 100.—, Bochum, von den Genossen durch den Vertrauensmann 100.—, Coburg 17.—, Cottbus, S. 10.—, Erfeld 10.—, Eschwege 30.—, Eupen 6.—, Falkenberg (Oberschl.) 2.—, Fürth, Familienabend bei Zick 12.—, Hensburg 30.—, Falkenstein i. B. 10.—, Falkenstein i. B., zum Aerger der vogtländischen Cloaca maxima in Plauen 10.—, Göttingen 10.—, Hamburg C. Lm. 20.—, Hannover 1000.—, Hanau Wahlkr. 100.—, Hadersleben, Nachsch. d. aufgelöst. Arb.-Bildungsvereins 10.—, Hartha, 10. sächs. Reichstags-Wahlkr. 25.—, Hamburg R. 3. 4.—, Hamburg, H. P. 50.—, Hamburg, H. R. 50.—, Hamburg, R. 50.—, Ludenwalde, Geburtstags d. Sch. 1,50, Leipzig, Neujahrsgruß v. rath. Hofswurm S. M. 5.—, Limbach i. B., J. S. —70, Leipziger-Blag. v. v. Hausglern 1,10, Luxemburg, L. 200.—, Langenbielau v. d. Arbeitern im Gulenberg 100.—, Langensalza, Lehrer Nest v. Th.-G.-B. 10.—, München, Waldläufer 5.—, von Genossen 200.—, Wittweida, d. d. Vertrauensmann 30.—, Mühlheim (Rhein), Wahlkreis 20.—, Remel, von Genossen 10.—, Wittweida, rothe Kindtaufe 2,50, Mittelbach durch P. A. 4,55, Neßchau, damit der Stanz nicht wieder verfallt 3.—, Offenburg i. B. 2.—, Oelschlag i. B. v. d. Unterstützern bei der Stadtverordnetenwahl 30.—, Penig, rothe Kindtaufe d. R. R. 4.—, Plauen i. B. 2,50 (darunter von organisierten Schloßern für die Aufmerksamkeit d. „Bogtl. Anz.“ 3,50), Pflorsheim 12.—, Reichenbach i. Bogtl., alte Garde 50.—, Reichenbach i. Bogtl., Schuhmacher Greis-Reichenbach 1,70, Ronndorf, durch den Vertrauensmann 20.—, Sonneberg S. R., durch den Vertrauensmann 10.—, Stuttgart, Ulrich 10.—, Teltow 3.—, Teltower Wahlkreis 60.—, Teltow, gef. unter den Hübenern d. R. 10.—

Für den geschäftsführenden Ausschuss:  
 A. Gerisch.  
 Hamburg-Finkenbittel, den 7. Januar 1897.  
 Finkenstr. 4, 1.

### Digilanen und Aerzte

als Vertrauenspersonen von Berufsgenossenschaften.

Im Betriebe der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verunglückte am 1. April 1893 der Ladrer D. durch einen fünf Meter tiefen Sturz vom Gerüst. Er trug eine funktionelle Erkrankung des zentralen Nervensystems davon. Der Unglückliche wurde nach Ablauf der 13 wöchentlichen Parteizeit auf Antrag des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik, Dr. Habra, am 18. Juli 1893 in die bekannte Heimstätte für Verletzte in Nieder-Schönbäumen gebracht. Dort verblieb er bis zum 5. September 1893. In der Anstalt wurde er sechs mal von Anfällen hysterischer-epileptischer Art befallen. Diese Anfälle traten infolge der Widerstandsübungen an den Apparaten ein; vor seiner Aufnahme in diese Heimstätte hatte er nie an ähnlichen Anfällen gelitten. Der Kranke befürchtete, daß die Anstaltsbehandlung seinen Zustand noch verschlimmern würde. Er erklärte, wiewohl völlig unfähig zur Arbeit, leichtere Arbeit aufnehmen zu wollen, um die Heimstätte verlassen zu können. Der Anstaltsarzt schätzte seine Erwerbsfähigkeit auf 75 pCt. Der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft Dr. Habra konnte aber bei dem durch den Sturz und durch die Behandlung in der Anstalt in der Berechnungsfähigkeit und in der Nervenkraft naturgemäß erheblich beeinträchtigten Mann nur eine Abnahme der Erwerbsfähigkeit um 50 pCt. erblicken. Diesen Gutachten schloß sich die Berufsgenossenschaft an. Der Verunglückte erhielt nur 50 pCt., das heißt fünfundsiebzig Mark monatlich! Seine gegen diesen Bescheid eingelegte Berufung hätte zweifellos Erfolg gehabt. Aber zur Zeit besteht ja keine Officialvertretung der unglücklichen Opfer ihres Berufs. Ehe der durch körperliche und geistige Qualen gepinigte Arbeiter sich darüber klar wurde, was die Schreiben der Berufsgenossenschaft bedeuten, war es mit der Berufungsfrist zu Ende. Die von ihm eingelegte Berufung mußte als verspätet zurückgewiesen werden. Der Ladrer suchte bei seiner früheren Arbeitgeberin, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, um Arbeit nach, konnte aber infolge seines elenden Zustandes nur vierstündige Tagesarbeiten und auch häufig überhaupt zur Arbeit nicht erscheinen. Der Elektrizitäts-Gesellschaft erschien diese natürliche Folge eines in ihrem Betriebe erlittenen Unfalls, der sich bei Vorhandensein hinreichender Vorsichtsmaßregeln übrigens schwerlich hätte ereignen können, ungehörig. Sie berichtete an die Berufsgenossenschaft, der Arbeiter simulire; offenbar in der Absicht, seine Rente zu erhalten, arbeite er nur halbe Tage oder fehle auch ganz.

Von nun an beginnt für den Ladrer D. eine Leidensgeschichte, die nicht für glänzlich erachtet werden könnte, wenn sie nicht allermählig feststände.

Am 8. April 1894 wird D. durch den Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft Dr. Habra infolge der Simulationsbefürchtungen der Elektrizitäts-Gesellschaft untersucht. Die Folgen des Unfalls haben sich bei D. verschlimmert; nach seinen unwillkürlichen Angaben ist, wie der Arzt später bemerkt, der Kopfschmerz dauernd, seine linke Lungenseite völlig gelähmt, er habe Unlust zum Arbeiten und lasse sich erfolglos elektrifizieren.

Aber auf den Herrn Doktor wirkte die Simulationsbefürchtung des einflussreichen Mitgliedes der Berufsgenossenschaft wohl suggestiv: er schlägt eine Herabsetzung der Rente auf 25 pCt. vor. Die Berufsgenossenschaft folgt schleunigst, am 1. Mai 1894, diesem Vorschlage ihres Vertrauensarztes. Der Ladrer D. legt gegen diese Rentenquerschei Berufung ein. Sein Zustand verschlimmert sich. Ein Arzt veranlaßt die Aufnahme des D. in die Charite. In der Charite verbleibt D. vom 6. Juni bis zum 21. Juli 1894. Die — von der Berufsgenossenschaft unabhängigen — Charitee-Aerzte überzeugen sich schnell davon, daß D. ein furchtbares Opfer seines Berufs und völlig erwerbsunfähig geworden ist. Nach seiner Entlassung aus der Charite wird D. wiederum (am 6. August 1894) von Dr. Habra untersucht. Nunmehr berichtet selbst Dr. Habra: D. mache den Eindruck eines vollkommen gebrochenen siechen Menschen. Der Blick sei etwas wirr und unfähig, die stets etwas anstößende Sprache sehr deutlich flüsternd. Auch sei Gedächtnisschwäche, Reizbarkeit, Neigung zu Gewaltthätigkeiten, dann wieder Weinerlichkeit vorhanden. Obgleich keine objektiven Symptome nachweisbar seien, unterliege es keinem Zweifel, daß sich bei D. die schon lange befürchtete traumatische Neurose entwickelt habe, und zwar in einer ziemlich schweren Form, event. entwickle sich eine Geistesstörung, jedenfalls müsse die Rente auf Vollrente erhöht werden. Auf Grund dieses Gutachtens wurde die Rente des D. vom 18. Mai 1894 ab endlich auf Vollrente erhöht. Ein Urtheil des Schiedsgerichts hob ferner die frühere Herabsetzung der Rente auf 25 pCt. auf. Im September 1894 wurde D. wiederum in die Charite aufgenommen. Der Oberarzt der Charite, Dr. Wahrendorff, begutachtete, daß D. an Dementia paralytica leide und vollständig erwerbsunfähig sei.

Gaben sich nun endlich die Berufsgenossenschaft und ihre Angestellten diesem Opfer seines Berufs und der Mängel des Unfallversicherungs-Gesetzes gegenüber zufrieden?

O nein! Die Berufsgenossenschaft besitzt ganz wie die Kriminalpolizei — sind doch in den Augen mancher Unternehmerrichter Arbeiter, die im Betriebe verunglücken, die Schlimmen Verbrecher — Gigilanten. Das sind Leute, die von der Berufsgenossenschaft angestellt und bezahlt sind, um Unfallrentner zu beobachten. Die Feinmechanik-Berufsgenossenschaft beauftragte ihren zu Beobachtungen von Unfallrentnern von ihr angestellten Herrn Hortschansky: D. zu beobachten und über ihn zu berichten. Hortschansky öffnete seine Augen, spitzte seine Ohren, horchte bei Hausgenossen des D. herum und machte sich — ganz wie die Garde kriminalistischer und politischer Polizei — auch an D. selbst heran.

Hier die Ergebnisse seiner Thätigkeit: Hortschansky stellte sich dem D. als Eigentümer eines Hauses vor und fragte ihn, ob er eine größere Verwaltungsfelle annehmen könne. Selbstredend bejahte das D. Dem Hortschansky war diese Bejahung aber höchst verdächtig. Als zweites und letztes Moment eigener Wahrnehmung berichtet H. folgendes: Als er den D. in seiner Wohnung aufsuchte, habe er ihn einmal auf einem Sofa in einer Decke eingehüllt liegend gefunden. Auch habe D. nur einige unartikulirte Laute gesprochen. Seine Frau habe ihm gesagt, ihr Mann habe eben einen Anfall gehabt. Hortschansky horchte aber auch die Hausgenossen des D. an. Da erhub er nun folgende Schrecklichkeiten. Eine Nachbarin des D., die sich inzwischen mit D.'s Frau verfeindet hat, theilte ihm mit: D. habe ihr im Februar 1895 geholfen, eine elektrische Klingel in ihrer Wohnung anzulegen und dabei auf einer Stehleiter acht bis 14 Tage täglich etwa eine halbe Stunde gearbeitet. Die Arbeit könne von einem gesunden Sachverständigen allerdings in ein paar Stunden erledigt werden. D. habe häufig dabei gelacht, er könne es nicht länger aushalten. Bei einem Besuch, den sie dem D. in der Charite gemacht, habe derselbe beim Herankommen des Arztes das lebhafteste Gespräch plötzlich unterbrochen und einen franken Ausdruck angenommen. Ein anderer von Hortschansky Ausgehörter, mit dem die Frau des D. einen Verleumdungsprozess gehabt hat, erzählte dem dienstbeflissenen Beamten der Berufsgenossenschaft, daß er nie etwas von der Krankheit des D. gemerkt habe. Derselbe nehme nur ein krankhaftes Verhalten an und schleiche an seinem Stock dahin, wenn er sich beobachtet glaube.

Auch eine dritte Gewährsfrau, die ebenfalls, wie sie vor Gericht später zugab, mit dem D. in Freundschaft lebt, bestätigte dem Hortschansky, daß sie bei ihren häufigen Besuchen bei D. nie etwas davon bemerkt habe, daß D. krank sei. All dies berichtete Hortschansky pflichtgemäß seiner Auftraggeberin und zog aus diesen erhörten und erschauten Dingen den Schluß, daß D. in seiner geistigen und körperlichen Arbeitsfähigkeit, wenn überhaupt, so nur in geringem Umfange beschädigt sei. D. benutze einen bei ihm vielleicht schon von langer Zeit her vorhandenen Nervendefekt geschickt, um, unterstützt durch Kombiantenanlage und treue Rathgeber, einen Zustand vorzutauschen, der vielleicht zeitweise zu einem gewissen Grade bestehen möge, aber nicht durch Krankheit verursacht, sondern als das Resultat von Wille und Anlage zu betrachten sei. D. sei im Grunde, innerhalb weniger Minuten durch geschickte Verstellung mimische Gebärden und gewollte selbst verursachte und geleitete Nervenanfälle den Eindruck eines völlig gebrochenen Menschen hervorzurufen.

Auf diesen Bericht hin begutachtete Dr. Habra am 15. Juli 1895, nachdem sich D. dessen Körper schon ein Jittern durchschlug, wenn er ein Schreiben von der verehrlichen Berufsgenossenschaft erhielt, geweigert hatte bei ihm zu einer nochmaligen Untersuchung zu erscheinen, die Beobachtungen des Hortschansky bestätigten seinen Bericht vom 26. Oktober 1894, worin er den D. als an traumatische Neurose und Depression leidend bezeichnete. Das Urtheil des Charitee-Oberarztes Dr. Wahrendorff, daß D. an Dementia paralytica leide, hatte er für verfehlt. Klarheit würden nur zugegenedliche Aussagen über die Wahrnehmung des Hortschansky schaffen. Um solche herbeizuführen, schlage er eine Herabsetzung der Rente vor. Wenn D. dann, mit den Verhältnissen bekannt, nicht flage, sei der Sachverhalt an sich aufgeklärt, andernfalls müsse dies durch direkte gerichtliche Schritte geschehen.

Die Berufsgenossenschaft stellte darauf am 17. Juni 1895 bei der Staatsanwaltschaft den Antrag, den D. wegen Betruges zu verfolgen. Es wurde Klage erhoben und der Angeklagte

beschuldigt, die Berufsgenossenschaft für Feinmechanik zu Berlin dadurch betrogen zu haben, daß er Vollrente bezog, während er mindestens seit Februar 1895 höchstens zu 25 pCt. Rente berechtigt gewesen sei! Während des Schwebens des Verfahrens wurde der Angeklagte auf Antrag eines Arztes am 11. März 1896 wiederum der Charitee überwiesen, wo er am 4. Mai 1896 ungeheilt entlassen wurde. Das Gericht beschloß im ersten Termin (Juni), den nunmehrigen Angeklagten D. zur Vorleistung eines Gutachtens über seinen Geisteszustand bis zur Dauer von 6 Wochen der Charitee zu überweisen. Er blieb hier vom 16. Juli bis 26. August 1896. Von dort ungeheilt entlassen, stellte der Angeklagte nunmehr seine traurige Sachlage stillend und schluchzend einem Abgeordneten vor. Dieser prüfte die ihm übergebenen Akten und ersuchte den Rechtsanwalt Dr. Perzfeld, die Vertretung des unglücklichen vermögenslosen Mannes zu übernehmen. Dr. Perzfeld entsprach diesem Ersuchen. In dem neuen Termin vor der Strafkammer — am 10. September — ergab die Vernehmung des Angeklagten ein schmerzliches Bild. In der Verhandlung wurde als Sachverständiger der Chefarzt der Nervenklinik der Charitee, Prof. Dr. Köppen, vernommen. Dieser begutachtete, daß der Angeklagte ein schwerkranker Mensch sei, der infolge des erlittenen Unfalls an den mannigfaltigsten neuralen Beschwerden leide. Sein Zustand sei ein solcher, der einer Psychose nahe komme. Mit Bestimmtheit ließe sich noch nicht sagen, ob der Angeklagte schon seit Dezember 1894, wo ihn Dr. Wahrendorff für einen Paralytiker erklärte, thätiglich geisteskrank sei, möglich sei dies immerhin. Jedenfalls neigten dergl. schwerkranken Leute dazu, ihre wirklichen Beschwerden zu überstreben und es sei leicht möglich, daß der Angeklagte alles das, was er den Aerzten über sein Befinden gelagert hätte, für wahr hielt, selbst wenn es etwa nicht der Wahrheit entspräche. Kranke, bei denen das Vorhandensein völliger Geisteskrankheit noch zweifelhaft sei, könnten leicht durch Beobachtungen und Verfahren, wie sie dem Angeklagten gegenüber angewendet seien, in Geisteskrankheit hineingetrieben werden.

Nun endlich wurde der Ladrer D. von der Strafkammer auf übereinstimmenden Antrag der Staatsanwaltschaft und der Vertretung kostenlos freigesprochen. Das Gericht — die Nachfolgerin der Brauereiverkammer — sah aber selbst in diesem Falle sich nicht veranlaßt, von Amtswegen diesem Opfer des Unwesens der Institute berufsgenossenschaftlicher Vertrauensärzte und Gigilanten sowie einer Anlagemöglichkeit in solchen Fällen die ihm erwachsenen baaren Klagen zu ersetzen.

Der Fall selbst beweist klar und eindringlicher wie allerlei theoretische Betrachtungen die Gemeingefährlichkeit der Folgen der Macht der Berufsgenossenschaften und des Unnahmerrechts, in das durch diese Arbeiter gebracht sind. Er wird vorausichtlich einer Besprechung im Reichstag bei Gelegenheit der Unfallgesetznovelle unterzogen werden. In fast klassischer Weise illustriert er, welsch ungenügende Macht das Unternehmerrthum durch die Berufsgenossenschaften erlangt hat: wer — vom Gigilanten bis zum „geheilten“ Arbeiter hinaus — ist nicht bezahlter Lohnflane des Kapitals?

Rebenbei — ist eine Untersuchung eingeleitet, ob die Elektrizitäts-gesellschaft den Unfall durch Fahrlässigkeit herbeigeführt hat? Ist eine Untersuchung eingeleitet, ob sie und ihre Organe die Geisteskrankheit des armen Ladrers D. fahrlässig oder missentlich — dolus eventualis genügt ja sonst — herbeigeführt haben? Ist eine Untersuchung eingeleitet, ob die falsche Vorpiegelung des berufsgenossenschaftlichen Gigilanten als Betrug zu verfolgen ist?  
 U. A. w. g., Herr Justizminister!

### Politische Ueberblick.

Berlin, 14. Januar 1897.

**Aus dem Reichstage.** In der Fortsetzung der Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern brachte heute Genosse Reichhaus noch einmal die Lage der Hausindustriellen in dem Thüringer Walde und in der Konfektionsbranche zur Sprache. Der Redner gab erschreckende Beispiele über die Nothlage dieser Arbeiterkategorien zum besten und verlangte energisches und möglichst rasches Eingreifen der Gesetzgebung. Nach den längeren Ausführungen des Genossen Reichhaus und nachdem die arbeiterfreundliche Seite seiner Partei herausgehört hatte, geißelte Schoenlant die sächsische Polizeipraxis den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber. Der sächsische Bundesrats-Vertreter will auf diese Anklagen erst antworten, wenn ihm das Stenogramm vorliegt, da ihm, als echten sächsischen Regierungsmann, weder behördliche Uebergriffe bekannt sind, noch möglich erscheinen.

Mollenbuhr erörterte hierauf die Verletzungen der Verträge über den Freihafen-Bezirk in Hamburg, welche vom dortigen Senat zu gunsten der Rheber zugelassen werden. Der Schatzsekretär leugnete natürlich das Vorkommen solcher Verletzungen, er mußte aber selbst zugeben, daß, wenn die jetzt gewährten Vergünstigungen dauernd beansprucht werden sollten, daß dann eine Aenderung der Verträge eintreten würde. Warum dies notwendig sein sollte, wenn keine Vertragsverletzung vorliegt, unterließ der Herr Graf von Posadowsky wohlweislich zu sagen. Natürlich befreit der Herr auch, daß man die Streikbrecher mit unverzolltem Fleisch gefüttert habe. In Hamburg, wo man die Dinge kennt, wird man diese Versicherung mit Kopfschütteln entgegennehmen.

Herr v. Bötticher will die Diskussion nicht auf das Streikgebiet führen, um die anscheinend im Auge befindlichen Friedenspräliminarien nicht zu stören, doch konnte er sich nicht verjagen, die von Mollenbuhr nachgewiesene Herabsetzung der Matrosenherrn mit den geringen Dividenden der Rhebereien zu vertheidigen. Nur 28 Millionen Dividende haben die armen Rheber in den letzten zehn Jahren verdient. Eigentlich müßte also wohl eine Subvention von Reichswegen für die bedauernswürthen Herren Vaisz und

Konfessionen gewährt werden. Von Genossen Brühne wurde die Anfrage gestellt, wie es mit der schon vor Jahren in Aussicht gestellten Regelung der Heimath- und Unterstüthungs-Wohnsitz-Verhältnisse zwischen dem Reich und Bayern stehe, worauf die Antwort erfolgte, daß noch alles am alten Flecken stehe. Grillenberger benutzte diese Gelegenheit zu der Erklärung, daß er und seine bayerischen Freunde der einfachen Uebertragung des Unterstüthungswohnungs-Gesetzes, die bisherige Regelung des Heimathwesens in Bayern vorziehen. Damit war die Debatte über die Position: Gehalt des Ministers erledigt, wobei wir bemerken, daß auch heute das Duell Hildebrand-Stumm fortgesetzt wurde, doch geschah es in einer so wenig interessanten Form, daß es sich nicht lohnt, davon weiter Notiz zu nehmen.

Bei dem Kapitel „Untersuchung von Seemünzen“ frug Mehger nach dem Schicksal der Seemannsordnung an, worauf er sich der Thatsache, daß diese Vorlage schon seit drei Jahren zugefagt ist, Herr v. Böttcher die doch wohl etwas sonderbare Antwort that, daß es leichter sei, nach Gesetzentwürfen zu fragen, als solche auszuarbeiten. Nun, unsere Abgeordneten haben bereits vor Jahren einen fix und fertigen Entwurf vorgelegt. Freilich waren in demselben die Seeleute und ihre Interessen gebührend berücksichtigt, wahrscheinlich ist er auch gerade um deswillen in den Augen des Herrn von Böttcher unbrauchbar, da ja sein berühmtes Wort: „Wir arbeiten ja nur für Sie, meine Herren!“ nicht an Arbeiter gerichtet war.

Beim Kapitel Reichs-Gesundheitsamt wurde die Sitzung auf morgen, Mittwoch 1 Uhr, vertagt.

Das preussische Abgeordnetenhause erledigte heute den Gesetzentwurf betreffend Tilgung von Staatsschulden und Bildung eines Ausgleichsfonds in zweiter Lesung gemäß den Beschlüssen der Kommission. Die Debatte über § 1 (Schuldentilgung) schweifte weit vom Thema ab und bezog sich fast ausschließlich auf die Nothwendigkeit von Eisenbahnreformen, die die Regierung bisher unterlassen hat, da sie fast die ganzen Ueberschüsse der Eisenbahn-Verwaltung für allgemeine Staatszwecke verwendet hat. Im § 2, woran ein Ueberschuss im Etat im vollen Betrage zur Schuldentilgung zu verwenden ist, lag ein Antrag Jedlich vor, für die Eisenbahnverwaltung einen Dispositionsfonds im Betrage von 20 Millionen zu reserviren. Minister Dr. Riquel erklärte diesen Antrag für überflüssig, Abg. Richter wies darauf hin, daß hierdurch das Budgetrecht des Parlaments noch mehr eingeschränkt würde. Im übrigen benutzte Richter die Gelegenheit, um im Anschluß an den gestrigen Streit zwischen dem Zentrum und den National-liberalen die Finanzpolitik des Fürsten Bismarck einer scharfen Kritik zu unterziehen; beide Parteien hätten sich gegenseitig keine Vorwürfe zu machen, da bald die eine, bald die andere dem Fürsten Bismarck die Möglichkeit zu Ausgabesteigerungen und Einführung neuer Steuern gegeben hätte. Im Laufe der weiteren Debatte, die nichts wesentliches zu Tage förderte, zog Herr v. Jedlich seinen Antrag zurück. — Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution betr. Aenderung des Eisenbahn-Garantiegesetzes wurde ebenfalls angenommen und sodann noch einige Rechnungssachen und in zweiter Lesung der Gesetzentwurf betr. obligatorische Fortbildungsschulen in Posen und Westpreußen erledigt.

Am Sonnabend steht die dritte Berathung des Lehrer-befolgungs-Gesetzes auf der Tagesordnung.

Die Ernennung Murawiew's, der für einen entschiedenen Franzosenfreund und Deutschhasser gehalten wird, zum Leiter der auswärtigen Politik Rußlands ist von der österreichischen Presse mit großem Gleichmuth aufgenommen worden. Darob gerathen nun unsere National-liberalen in die Welle — der treue Verbündete hätte doch einige Enttäuschung äußern sollen, daß der Deutschhasser Murawiew an die Spitze der russischen Politik gestellt worden ist.

Nun, warum soll man in Oesterreich sich entrüsten? Hat man dort etwa Grund zu besonders feuriger Bundeestreue gegenüber Deutschland? Die Herren Nationalliberalen scheinen ganz vergessen zu haben, daß ihr Götz Bismarck weiland den famosen Rückversicherung-Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat, und — daß dieser Vertrag, der Oesterreich an Rußland verrieth, von ihnen, den Herren Nationalliberalen, selbst als ein Meisterstück der Staatskunst gebilligt worden ist.

Und der famose asiatische Dreibund Deutschlands mit Rußland und Frankreich ist auch nicht besonders geeignet, die deutsche Bundeestreue in ein glänzendes Licht zu stellen, und die österreichische Bundeestreue zu bestatigen.

Jedenfalls ist die Ernennung Murawiew's ein Beweis dafür, daß bei dem „Bettfrieden um die Günst Rußlands“ das Deutsche Reich nicht gewonnen hat.

Zum Prozeß Tausch schreibt eine Lokalcorrespondenz, daß der langsame Fortgang der Untersuchung gegen den Kriminalkommissar v. Tausch, der allerdings durch die fortwährend auftauchenden neuen Beweismomente erklärlich erscheint, dem Vernehmen nach an „höchster“ Stelle Anlaß gegeben hat, eine mögliche Beschleunigung des Verfahrens anzuregen. Darauf dürfte auch der Besuch zurückzuführen sein, den der Geh. Legationsrath Prinz Alexander v. Hohenlohe vorgestern dem Oberstaatsanwalt Drescher im Moabit'schen Kriminalgericht abstatte. Der Sohn des Reichskanzlers konferirte etwa eine halbe Stunde mit dem Oberstaatsanwalt in dessen Amtszimmer.

Eine andere Lokalcorrespondenz schreibt: Die Nachricht der „Post“, daß Rechtsanwalt Dr. Sello in der Strafsache gegen den Kriminalkommissar von Tausch die Vertheidigung aus gewissen Gründen niedergelegt habe, ist freierfunden und entbehrt daher jeder Begründung; vielmehr sind die Rechtsanwälte Dr. Sello und Dr. Schwindt nach wie vor die Vertheidiger des in Untersuchungshaft stehenden von Tausch. Da die Voruntersuchung neuerdings noch ausgedehnt worden ist, läßt sich nach Ansicht der Vertheidiger der Hauptverhandlungstermin noch nicht absehen.

### Deutsches Reich.

— Zur Konvertirung der preussischen Staatsanleihen erfährt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß bis vor einigen Tagen nur etwa 50 000 M. der 4prozentigen Konfols zur Auszahlung angewendet wurden. Die für diese Anmeldungen festgesetzte dreiwöchige Frist läuft bekanntlich am 20. d. M. ab.

Somit ist erwieben, daß die Konvertirung vollständig gelungen ist und daß man schon früher den Steuerzahlern die große Ersparnis an Schuldzinsen hätte ermöglichen können.

— Der national liberale Landtags-Abgeordnete Mohr, der durch die von ihm gegen einige hundert deutsche Zeitungen angeführten Beleidigungsprozesse bekannt geworden ist, hat sein Mandat niedergelegt, um „seinen Wahlmännern die weitere Entschlebung andeinstellen zu können.“ Den Anstoß zu diesem Beschluß dürfte das in der Kolmarer Verhandlung bekannt geordnete Strafregister Mohr's gegeben haben.

— Noch ein Zeugniswangsverfahren! Der Chefredakteur der „Adniger Hartung'schen Zeitung“, Walter, erhielt heute in Sachen des militärischen Disziplinarverfahrens im Zusammenhang mit der Börsengang-Angelegenheit einen Haftbefehl wegen Zeugnisverweigerung.

Kiel, 13. Januar. (Sig. Ber.) Der Handelskammerbericht von Flensburg schreibt über den Nordostsee-Kanal: Die neue Tarifordnung hatte auch die Flensburger Rheber veranlaßt, sich dieser Verkehrsstraße wieder mehr zuzuwenden, doch sind selbst die gegenwärtigen Kosten noch immer zu hoch, um die im günstigsten Falle gewonnenen Zeit auszugleichen. Wenn man in Betracht zieht, daß Dampf mit Holzladungen zeitweilig nachts nicht durch den Kanal gehen dürfen und daß Havarien und andere Schwerkereigkeiten während der Durchfahrt nicht zu den Seltenheiten gehören, so ist es begreiflich, daß beide, Rheber und Kapitäne, die Route um Slagen herum in den meisten Fällen vorziehen werden.

Der Stettiner Dampfer „Ebau“ ist nach hier eingegangener Meldung im Nordostsee-Kanal, im Schiernauer See, zwischen Flensburg und Kiel, auf Grund gerathen und led gesprungen. Taucher sind sofort requirirt worden. Bislang fehlen noch nähere Nachrichten.

### Frankreich.

Paris, 14. Januar. Der „Matin“ erklärt es für unrichtig, daß der Präsident Faure betreffs der Gründung einer Alters-versorgungskasse die Initiative ergriffen habe. Der Präsident der Republik bringe zwar der Frage das größte Interesse entgegen, doch könne eine derartige Gründung, welche etwa vier Milliarden beanspruche, nicht aus der Privatinitiative hervorgehen.

Dieser Standpunkt haben wir gegenüber der ersten Meldung des „Gaulois“ über die beabsichtigte Gründung sofort eingenommen.

Paris, 14. Januar. („Soc. Btg.“) Der bekannte Artillerieoberst Bange erklärte einem Mitarbeiter des „Echo de l'Armee“ über neue Pläne zur Umgestaltung der Feldgeschütze: Das System Depont taugt nicht; dagegen ist das gegenwärtige Dienstgeschütz besser als das neue Depont'sche; Deutschland sucht Zweifel an der Lichtigkeit des französischen Materials zu erwecken, um das Vertrauen des Heeres zu seiner Artillerie zu erschüttern, Frankreich zu Renan's Hoffnungen zu bestimmen, die es während einer mehrjährigen Uebergangzeit nahezu entwarf, und ihm eine Auslage von etwa einer Milliarde aufzubürden. Das einzig Vernünftige wäre, beim jetzigen Geschütz zu bleiben.

Paris, 14. Januar. Der Senat wählte den bisherigen Präsidenden Loubet mit 205 Stimmen wieder.

Paris, 14. Januar. Drei spanische Anarchisten, welche sich neulich an der Kundgebung gegen das spanische Postfachtheil beteiligt haben, sind heute ausgewiesen worden.

Paris, 14. Januar. Der Untersuchungsrichter in der Affäre Arton hat heute der Gerichtsbehörde das Ergebnis der Untersuchung übermittelt. Der neue Panamaprozeß dürfte in der ersten Hälfte des Februar zur Verhandlung kommen.

— Gegen die Zuckerpriemienpolitik tritt nun sogar der „Figaro“ auf. Er schreibt, der Zustand der Finanzen verbiete eine neue Steuerbelastung, welche durch die Annahme des Gesetzes über Zuckerpriemien notwendig werden würde.

### Italien.

In Sardinien scheinen die Räuberbanden, die man bereits unterdrückt glaubte, ihre unheilvolle Thätigkeit von neuem zu beginnen. Wie aus Sassari gemeldet wird, griff im Bezirk Olivena eine von den gefürchteten Banditen Bau und Mulas geführte starke Räuberbande die Gutsbesitzer Ritter Francasco Mulas und Salis an und brachte ihnen lebensgefährliche Wunden bei; dann raubten die Briganten die Heerden des Besitzers Salis. Auch ein Zeichen der Misregierung Italiens!

### Spanien.

Madrid, 13. Januar. Marquis Cabrinana, der dem Municipalrathe der Stadt Madrid Mißbräuche vorgeworfen hatte, wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

### Türkei.

Auf Areta soll die Ruhe wieder hergestellt sein. Auf wie lange? —

### Asien.

— Die Pest in Indien. Die „Daily Mail“ meldet aus Bombay: Professor Postine, welcher sich gegenwärtig hier aufhält, rieth der Regierung, Bombay durch einen Truppenkorps zu isoliren, da sich sonst die Pest über ganz Indien ausbreiten würde.

In China sucht England sich nun festzusetzen, um dem russischen Einflusse ein Gegengewicht zu schaffen. Aus Hongkong berichten hierüber die „Times“: Die hiesigen Behörden desparworten eine Vergrößerung der Schiffsverft, deren Kosten sich etwa auf 250 000 Pfd. Steel belaufen würden. Die Pläne sind bereits in London. Man erwartet auch eine Ausdehnung der britischen Kolonie auf das Festland hinüber.

— Angriff auf Missionen in China. Der Hongkonger Korrespondent der „Times“ meldet ferner, daß die 50 englische Meilen von Hutschau entfernt gelegene amerikanische Missionsstation angegriffen wurde. Die Beamten vertheidigten die Mission, so daß kein Schaden entstand.

### Amerika.

Newyork, 14. Januar. „World“ veröffentlicht eine Depesche aus Washington, nach welcher ein Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Spanien bezüglich der Bedingungen abgeschlossen sei, welche den kubanischen Rußändischen zu bewilligen wären und die, wie hinzugefügt wird, binnen 10 Tagen dem Kongresse unterbreitet werden würden.

Morgen wird in Madrid diese Meldung wohl abgelehnet werden.

New-York, 14. Januar. „Tribune“ veröffentlicht einen Artikel, in welchem der Plan der Vereinigten Staaten, betreffend die Monopolisirung des Handels in den süd-amerikanischen Staaten dargelegt wird. In diesem Zweck hat sich ein Verband der Großindustriellen der Vereinigten Staaten gebildet. Seit der Wahl Mc Kinley's ist der Verband, welcher circa 1000 Mitglieder zählt, äußerst rührig. In Caracas sollen Warendepots gegründet werden; ferner sollen in allen größeren Städten Südamerikas sogenannte Komptoirs für amerikanische Produkte errichtet werden, um die europäische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Mac Kinley soll der Verwirklichung dieses Planes sehr geneigt sein.

### Reichstag.

152. Sitzung vom 14. Januar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Böttcher, Graf Posadowsky und zahlreiche Kommissarien.

Die Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern und zwar des Gehalts des Staatssekretärs wird fortgesetzt.

Abg. Reichhans (Soz.): Das Wohlwollen des Abg. v. Heyl kennzeichnet sich am besten damit, daß er für Herrn v. Stumm ein hohes Loblied seiner großen Arbeiterfreundlichkeit anstimmte. Nun, die Arbeiter wissen, was von Stumm'scher Arbeiterfürsorge zu halten ist. Sonderbar, daß Herr v. Heyl sich nur um die Konfektionsarbeiter kümmert, was gewiß gut gemeint ist. Aber Herr v. Heyl hatte auch in seiner Branche, der Lederindustrie, Gelegenheit, sich um die Hausindustrie zu kümmern, um zu sehen, daß dort die Zustände fast ebenso schlecht sind, wie in der Konfektion. Die umfassenden Erhebungen, welche die Kommission für Arbeiterstatistik vorgenommen hat, sind anzuerkennen und mit großem Fleiß ausgeführt. Das Ergebnis der Erhebung ist derartig, daß es wohl kaum elendere Zustände und traurigeren Existenzbedingungen noch geben kann. Die wirtschaftliche Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen ist in allen Bezirken die gleiche. Die Löhne in der Damen- und Herrenkonfektion sind sehr niedrig, sie sind zu gering zum Sattessen und zu groß zum Verhungern. An die

Reisenden aber werden Gehälter gezahlt bis zu 20 000 M., ein Zeichen, daß man hohe Kosten aufwenden kann. In der Wäschebranche ist es ebenso. In der Umgegend von Frankfurt a. M. werden Konfektionsartikel gefertigt auf dem Lande in Nächstben, wo 20—30 junge Mädchen mit 150 Mark Wochenlohn beschäftigt werden. Daß die Arbeiterinnen dabei stillschweigend für sich selbst sorgen, ist selbstverständlich. Die Arbeiter der Konfektion haben auf dem Kongress in Eisenach die Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbe-Aufsicht verlangt, damit die dringendsten hygienischen Forderungen erfüllt werden. Man braucht ja nur an die Umstände zu erinnern, unter denen die Hosen des Herzogs von York angefertigt wurden. Und ich erinnere an die Untersuchungen, welche von Aerzten bezüglich der Uebertragbarkeit ansteckender Krankheiten angestellt sind. Die Einrichtung von Betriebswerkstätten würde das Verschwinden der Zwischenmeister zur Folge haben. Aber so lange der Staat nicht dafür sorgt, daß die Uniformstücke seiner Beamten nicht in der Heimindustrie hergestellt werden, so lange denken die Unternehmer nicht daran, ihrerseits mit der Einrichtung der Betriebswerkstätten vorzugehen. Freilich muß dann auch dafür gesorgt werden, daß keine Arbeit mit noch Hause genommen wird; denn es ist vorgekommen, daß in Genua ein Gummimatten-Fabrikant den Arbeitern am Sonnabend die Nähmaschinen in ihre Wohnung bringen ließ, damit sie am Sonntag arbeiten könnten; wer nicht gearbeitet hatte, bekam am Montag einen Küffel. Damit waren die Sonntagsruhe-Vorschriften einfach umgangen. In den ungesunden engen Kammern arbeitet die ganze Familie, auch die Kinder im zartesten Alter; die Noth zwingt dazu, um die Einnahme zu vergrößern, daß der Lebensunterhalt geschafft werden kann. Ueberhaupt schildert eingehend die Zustände der Griffelindustrie in Steinach und Umgegend. Die Beschäftigung der Kinder ist namentlich gesundheitsgefährlich in der Spielwaaren-Industrie. Die Mädchen, welche bei der Herstellung von Wachsperlen beschäftigt werden, verlieren ihre Zähne. Also nicht bloß in der Konfektion, sondern auch in der ganzen Hausindustrie sind die Zustände jämmerlich, so daß die Regierung etwas zur Verbesserung thun muß. Aber die Arbeiter glauben nicht an den ersten Willen der Regierung nach den Worten, die man an hoher Stelle in bezug auf den Hamburger Ausstand gesprochen hat.

Abg. Werner (Reform-P.): Von den gestrigen Reden hat mir die des Herrn v. Heyl am besten gefallen. Der Staat als größter Arbeitgeber muß in seinen Betrieben die Arbeiter mit ihrem Loos aufrieden machen. Ob der Staat überall dieser Verpflichtung nachkommt, lasse ich dahingestellt. Der Staat müßte einen Mindestlohn festsetzen und einen Maximalarbeitstag je nach der Art des Betriebes. Insbesondere ist ein Maximalarbeitstag für die Bergwerksbetriebe notwendig. Die Frauen und Kinder sollten von der Arbeit ausgeschlossen werden. Die Sonntagsruhe muß möglichst respektirt werden. In der Postverwaltung ist die Sonntagsruhe noch nicht soweit durchgeführt, wie es möglich wäre. Die Handwerker warten immer noch auf die Erfüllung ihrer Forderungen bezüglich der Organisation und auch bezüglich anderer Fragen. Besonders die Konkurrenz der Zuchtshausarbeit mußte beseitigt werden. Haben wir Aussicht, bald ein Reichs-Vereinsgesetz zu bekommen? Nach den Erklärungen des preussischen Ministers v. d. Rode scheint die Sache auf die lange Bank geschoben zu sein.

Ich komme nun auf die Börse, welche nach Formen sucht, um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Die Sozialdemokraten reden immer vom Kapitalismus. Aber wenn es sich um die Eindämmung der Börse handelt, dann sind sie nicht zu haben. Soll das Reich sich den Widerstand der Börse gefallen lassen? Wir wissen, wie die Börsianer sich die Taschen auf Kosten des Volkes gefüllt haben; das Volk ist dankbar dafür, daß die Regierung und der Reichstag endlich dazu gekommen sind, den Terminhandel abzuschaffen.

Abg. Schoenlant (Soz.) weiß nach, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in Sachsen vollständig vernichtet sei durch die Maßnahmen der Polizei, die Versammlungen und Vereine von Arbeitern verbietet und auflöst, so daß die Reichstags-Abgeordneten nicht einmal über die Thätigkeit des Reichstages berichten können. Nebenverweis auf die Verurtheilung der „Leipziger Zeitung“, des amtlichen Blattes, das nicht bloß „offiziös“ ist, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, in der Herr Lanfer amtliche Informationen veröffentlicht; diese „Leipziger Zeitung“ habe unter den „Erz“ von Schmeidegessen in beleidigender Weise berichtet, die Arbeiter seien darin Banditen und Ströche genannt; der Redakteur wäre zu 75 M. verurtheilt. Die Mittheilung eines Führers der Buchbinder in Leipzig, daß über eine Werkstätte die Sperre verhängt werden würde, wenn die entlassenen Arbeiter nicht wieder angenommen würden, wurde als versuchte Erpressung bezeichnet und mit Gefängnisstrafe belegt. Der sächsische Justizminister Schurig hat es offen zugegeben, daß das Justizministerium bei ihm unrichtig erscheinenden Urtheilen anherauslich vertrauliche Rücksprache mit den Richtern nehme. Wo bleibt da die Unabhängigkeit der Richter? Wird demgegenüber Herr v. Böttcher wirklich sagen: „Klassenpolitik und Klassenjustiz sind Landesfache“?

Abg. Graf Stolberg (L.): Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter sind mangelhaft. Das liegt an der massenhaften Einwanderung der Arbeiter vom platten Lande in die Städte, wodurch die Wohnungsverhältnisse verschlechtert werden. Die Leute, welche über die mangelnde Arbeit, die schlechte Wohnung u. s. w. klagen, sind fast alle aus der kleinen Stadt oder vom Lande in die große Stadt gekommen, weil sie geglaubt hatten, daß es ihnen in der großen Stadt noch besser gehen würde als in der Heimath. Wenn die Sozialdemokraten Einfluß auf die Arbeiter hätten, dann sollten sie den Zugang zu den großen Städten verhindern, die Leute werden dort, wohin sie gehören, Arbeit finden.

Bundesbevollmächtigter Geheimrath Dr. Fischer: Ich bin durch eine eben jetzt stattfindende Bundesratsungung verhindert gewesen, den Angriffen, die, wie wir gesagt wird, der Abg. Schoenlant gegen die sächsische Regierung gerichtet hat, entgegenzutreten. Es ist mir auch bis jetzt nicht gelungen, das Stenogramm seiner Rede zu bekommen; ich hätte sonst nicht Anstand genommen, seine Ausführungen zu widerlegen, obwohl der Abg. Meyer mir gestern die Befähigung, das Königlich-Sachsen zu vertreten, abgesprochen hat. Das war ein persönlicher Angriff, auf den ich nicht gewohnt bin, persönlich zu erwidern. Ich werde morgen auf Grund des Stenogramms an diese Rede zurückkommen.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Der Staatssekretär v. Böttcher hat erklärt, daß im Hamburger Hofenarbeiter-Streit das Koalitionsrecht nicht angetastet sei. Man hat Arbeiter, die von ihrem Rechte Gebrauch gemacht, verhaftet und in Untersuchungshaft genommen; nachher wurden sie zu einer Geldstrafe verurtheilt. Indirect aber sind die Unternehmer von den Behörden auf Kosten der Arbeiter unterstütht worden, so durch Freigabe des Freihafengebietes zur Unterbringung der Streikbrecher, trotzdem im Freihafengebiet niemand wohnen sollte. Die Streikbrecher verzehrten unverzollte Lebensmittel. Ohne diese Unterstüthung hätten die Unternehmer den Vorschlag des Schiedsgerichts nicht zurückweisen können. Nachdem die Schuppen des Freihafens vollgeproppelt waren mit unverzollten Waaren, räumte die Zollbehörde Schuppen im Zolllande ein, wo unverzollte Waaren geschwindig ohne Anmeldung zur Verzollung gelagert wurden. Aus welchen Gründen sind diese gefest- und vertragswidrigen Dinge geschehen worden? Nebenher führt an, daß die Heuer der Vollmattrosen seit 1890 von 59,94 M. auf 50,47 M. herabgesetzt wurden. Der „Confessionaux“ schimpfte dagegen, daß in sozialdemokratischen Geschäften die jungen Mädchen mit 50 M. Monatslohn abgefunden würden, das sei ein Hungerlohn. Was bedeutet dann ein solcher Lohn für die Familie eines Vollmattrosen, der nicht einmal das ganze Jahr hindurch beschäftigt ist? Und warum wurde die Heuer herabgesetzt? Nicht wegen schlechter Geschäftslage, denn die Rheberer-Klein-Gesellschaft hatte 1895 einen Ueberschuss von 14 Millionen. Auch das Konkurrenzinteresse nöthigte nicht dazu, denn die obernburgischen und die hannoverschen Rheberer zahlten 60 M. Monatslohn.

Reichstagssekretär Graf Posadowsky: Ich sehe mich veranlaßt, die irrigen Angaben des Voredredners richtig zu stellen. Als der Streit angebrochen war, wurde eine

Menge inländischer Arbeiter als Ersatz herangezogen. Für diese ließen sich im Zolllande nicht die geeigneten Maschinen beschaffen. Die Arbeiter wandten sich an den Senat, um im Freihaufengebiet Fabrik- und Bagerräume eingeäumt zu erhalten. Der Senat lehnte dies ab. Es müßten 900—1000 Arbeiter untergebracht werden; sie würden in die Schiffe gebracht, die als Kasernen eingerichtet waren. Ein Einspruch ist dagegen nicht erhoben worden, weil dafür jede gesetzliche Begründung fehlte. Redner verweist auf den Zollvertrag, wonach auf dem nördlichen Elbufer Personen überhaupt nicht im Freihaufengebiet wohnen dürfen; am südlichen Ufer dürfen sich Personen nur zum Zwecke des Betriebes oder der Aufsicht aufhalten. Daraus kann man nicht schließen, daß sie sich nicht auf dem Wasser aufhalten dürfen. Der Senat hat beauftragt, daß die betr. Arbeiter nur mit verzollten Lebensmitteln versehen werden dürfen. Würden bei einer Wasserfluth oder einer Seuche Obdachlose auf Schiffen im Zollauslauf untergebracht, wer würde daran Anstoß nehmen? Aber freilich die Konkurrenz der Streikbrecher ist den Sozialdemokraten unangenehm. Der Schaden, welchen Hamburg erleidet, muß so weit wie möglich gemildert werden, denn die Schädigung wirkt nicht bloß auf Hamburg, sondern wirkt auch auf das Inland zurück. Ich kann deshalb nicht zugeben, daß der Hamburger Senat etwas den Gesetzen und sonstigen Abmachungen Widersprechendes gestattet hätte. Sollten Personen dauernd im Freihaufengebiet Wohnung nehmen, so würde eine Aenderung der Abmachungen notwendig sein.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe nicht die Absicht, über den Hamburger Streik zu sprechen. Es wird besser sein, die Besprechung hinauszufchieben, damit wir die Friedenspräliminarien, die im Zuge zu sein scheinen, nicht stören. Herr Wollenbutz meint, daß die Arbeiter sich durch eine Verabsehung der Feuer einen unbedingten Vorteil verschafft hätten. Für die Arbeiter lag eine dringende Ursache vor, die Ausgaben des Betriebes herabzusetzen. (Zuruf: Obenbun!) Ich kann mich nur auf die Hamburger Zahlen halten. In den letzten Jahren wurden 23 Millionen Mark Dividende erzielt. Der Unterschied war aber in den einzelnen Jahren sehr erheblich. 1889 und 1890 war ein guter Ertrag vorhanden von 4 700 000 und 4 070 000 M.; von da ab beginnt eine Abwärtsbewegung in den Erträgen; 1891 2 600 000, 1892 650 000, 1894 885 000 M. Erst 1895 hat sich ein Aufschwung gezeigt. Wenn diesem Ueberschuß gegenüber gestellt werden die Kapitalkosten und Betriebsverluste, dann bleiben von den 23 Millionen nur 14 Millionen übrig, bei einem Aktienkapital von 561 Millionen also 2,5 pCt. Das ist ein außerordentlich niedriger Betrag. Mit besseren Zeiten werden die Löhne auch wieder steigen, und wenn, wozu ich rathen möchte, eine Verabsehung herbeigeführt wird, dann wird eine Blüthe der Arbeiter eintreten, die auch höhere Löhne mit sich bringt. Die Seeleute haben sich zuerst von ihren Streikgenossen getrennt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Am 12. Januar sind allein 154 Seeleute neu angeworben worden.

Abg. Hüpeden (Fr.-Fog.): Herr v. Stumm hat meine gestrigen Ausführungen als unverständlich bezeichnet. Das mag wohl daran liegen, daß ich gestern genöthigt war, mich einer gewissen Kürze zu befleißigen, weil mich der Präsident wiederholt ermahnt hatte, zur Sache zu kommen. Andererseits hatte vor 4 Jahren Herr v. Bötticher erklärt, bei seinem Gehaltsposten im Etat dürfe man über alles reden. (Weiterleit.); Vizepräsident Schmidt bemerkt dem Redner, daß es sich heute nicht um das handle, was vor vier Jahren gesagt sei, und bittet, dem Präsidenten keinen Vorwurf zu machen.) Das hat mir vollständig fern gelegen. Wenn ich sagte, wir wollen alle Christen sein, so ist das zum grando salis zu verstehen. (Große Weiterleit. bei den Sozialdem.) Ich meine es in dem Sinne, wie unser großer Kanzler gesagt hat: Wie Deutsche fürchten Gott! Herr Büttgenau hat uns gestern gesagt, daß die Sozialdemokraten nicht das Christenthum und die Religion bekämpfen. Ich erinnere ihn dagegen an das, was hier mehrfach der Abgeordnete Liebknecht ausgeführt hat. (Vizepräsident Schmidt bittet, nicht weiter abzuschweifen.) Die Sozialdemokratie hat sich den Weg zum Verständniß der Religion verbaut durch ihre materialistischen Theorien. Ihre Praxis steht allerdings dazu in starkem Gegensatz. Von keiner Partei wird das Christenthum so bei jeder Gelegenheit in die Debatte gezogen, wie von den Sozialdemokraten. Wie oft hat man hier schon gesprochen von dem Körpergeist der Offiziere, von dem erziehenden Einfluß der Arbeiterorganisationen! Dasselbe Bedürfnis und dasselbe Recht haben die Arbeiter.

Herr v. Stumm sieht immer schon gefährliche Dinge da, wo keine sind; er erblickt in den evangelischen Arbeitervereinen etwas, was gar nicht darin steckt. Es entspricht der Gerechtigkeit, daß man aufeinander hält die unpolitischen evangelischen Arbeitervereine, die patriotisch und staatsverehrend sind, und die christlich-sozialen und die national-sozialen Parteien. Ich gehöre keiner der beiden Parteien gegenwärtig an, ich wahre mir meine Freiheit. Aber ich trete für sie ein, wenn man sich in einer superlativischen Kritik gegen sie ergeht. Die Arbeiter und die Arbeitgeber haben gewisse gemeinsame Interessen, aber die Arbeiter haben auch Interessen, welche denen der Arbeitgeber widersprechen, und da muß man sie unter sich lassen. Das aber will Herr v. Stumm nicht, er vermüthet sie zur Hölle (Weiterleit.), er will von ihnen nichts wissen. Herr v. Stumm hat mir meinen Platz angewiesen auf der linken Seite, bei den Kindern der Hölle. (Weiterleit.) Wenn Herr v. Stumm hochangesehene Männer der Wissenschaft als destruktive Elemente behandelt, dann kann ich mich über die Behandlung nicht wundern. Das ist eben das blinde Draufloschlagen. Mit einem Hammer kann ich einen Menschen moralisch vernichten (große Weiterleit.) physisch vernichten, aber nicht widerlegen. Die ganze Sache soßt man ja schon längst nicht mehr ernsthaft auf. (Große richtig! rechts, Weiterleit.) Ich meine, es nimmt kein Mensch mehr ernst, daß Professoren und Pastoren einfach zu den Sozialdemokraten geworfen werden. Schließlich empfindet es niemand mehr als einen Vorwurf, von Herrn v. Stumm als revolutionärer Mann bezeichnet zu werden. Herr v. Bötticher hat meine Anfrage wegen der kaiserlichen Erlasse von 1890 nicht beantwortet. Aber das war auch eine genügende Antwort. Vom Zentrumskredner ist darauf hingewiesen worden, daß die Rückkehr der Jesuiten und die Gewährung von Diktan verlangt werde. Dem zweiten Verlangen kann ich mich unter Hinweis auf die Schwache Befestigung des Hauses nur anschließen.

Abg. v. Stumm (Rp.): verwarf sich dagegen, daß er etwas, was er nicht wüßte, sogleich verwüßte. Ueber die Arbeiterorganisation habe ich häufig genug meinen Standpunkt vertreten; die Abschaffung der Koalitionsfreiheit, das Verbot der Arbeiterorganisation habe ich gar nicht verlangt.

Abg. Brühne (Soz.) fragt an, ob in Elsaß-Lothringen das Unterstufungswohnstättengesetz bald eingeführt werde, und bringt einen Fall der Ausweisung aus Elsaß-Lothringen zur Sprache. Auch in Bayern wäre die reichsgesetzliche Einführung des Unterstufungswohnstättengesetzes zweckmäßig.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die elssische Regierung ist aber bemüht, die Mißstände des gegenwärtigen Zustandes zu mildern durch Vertragsabschlüsse mit Baden und anderen Staaten wegen der Uebernahme unterstufungsbedürftiger Landesangehöriger.

Bayerischer Ministerialdirektor v. Herrmann: Ohne Zustimmung Bayerns, durch einen bloßen Akt der Reichsgesetzgebung kann das Unterstufungswohnstättengesetz in Bayern nicht eingeführt werden. Bei der Aenderung des Heimathgesetzes, welche kürzlich erfolgt ist, wurde die Einführung des Unterstufungswohnstättengesetzes in Bayern als wünschlich bezeichnet.

Abg. Höffel (Rp.): In Elsaß-Lothringen hält man allgemein die Einführung der staatlichen Armenpflege für unzuverlässig und nicht gut für die Armen selbst. Wenn der Kampf zwischen Heimath und Unterstufungswohnstättengesetz in Deutschland selbst erst ausgefochten sein wird, dann wird auch Elsaß-Lothringen an die Regelung dieser Frage gehen.

Abg. Beth (Fr. Sp.) tritt für die Aufrechterhaltung des bayerischen Heimathrechts ein.

Abg. Grillenberger (Soz.): Solange das Reich nicht ein besseres Unterstufungswohnstättengesetz hat, wollen wir uns in Bayern das Heimathgesetz nicht nehmen lassen. In Bayern haben sich nur die Anhänger des Bundes der Landwirthe für das Unterstufungswohnstättengesetz interessiert.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Konservativen, die Reichspartei und der Bund der Landwirthe habe durchaus kein Interesse an dem Unterstufungswohnstättengesetz. Im Gegentheil, ich habe mit dem verstorbenen Freiherrn v. Bornbüler früher oft darüber verhandelt, wie wir unser Unterstufungswohnstättengesetz nach dem Muster des bayerischen Heimathrechts umgestalten könnten. Damit schließt die Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs.

Bei der Ausgabe zur Unterstützung des deutschen Fischereiverbands mit 50 000 M. kommt

Abg. v. Dehl (natl.) auf seine vorjährige Anregung wegen Aenderung des Vertrages mit Holland über die Fischerei zurück. Staatssekretär v. Bötticher: Ueber die Vorschläge wegen der Hebung des Salmenfanges wird zunächst mit der preussischen Regierung verhandelt. Demnächst werden wir auch die übrigen Regierungen in Mittheilung setzen und wir werden dann zur Entscheidung dahin kommen, ob der Vertrag mit Holland zu kündigen ist. Der Titel wird bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Invaliditätsversicherung fragt

Abg. v. Standy (nl.), ob und wann der Reichstag die Vorlage wegen Veränderung der Invaliditätsversicherung erhalten werde.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Ausschüsse des Bundesraths haben sich mit der Vorlage beschäftigt. Dabei sind einige Aenderungen beschlossen. Ich hoffe aber, daß wir in drei Wochen die Plenarberatungen anberaumen können, und dann wird die Vorlage so bald als möglich dem Reichstage vorgelegt werden.

Bei den Ausgaben für die Untersuchung von Seefahrern erklärt auf eine Anregung des Abg. Mehger (Soz.) der Staatssekretär v. Bötticher, daß Wünsche nach Vorlagen leichter ausgeprochen als ausgeführt werden, namentlich wenn die Vorlagen gründlich durchberathen sein sollen. Die neue Seemannsordnung ist von der technischen Kommission für Seefahrt durchberathen worden. Wann sie an den Reichstag kommen wird, ist noch nicht abzusehen.

Abg. Tschern (natl.) wünscht eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen dahin, daß die Entziehung des Patents der Seeoffiziere, die bei uns nur unbedingt erfolgt, wie in England, bei leichterem Versehen für eine kürzere oder längere Zeit erfolgen kann.

Bei den Ausgaben für das Statistische Bureau bemängelt Abg. Leuzmann (Fr. Sp.), daß man den Sekretariats-Assistenten die diätarische Dienstzeit nicht angerechnet habe, wie es in der Denkschrift in Aussicht gestellt sei.

Staatssekretär Graf Posadowski: Diese Frage kann in der ganzen Reichsverwaltung nur nach denselben Grundsätzen behandelt werden. Nach diesen Grundsätzen wird die Probezeit nicht als Dienstzeit angerechnet.

Abg. Werner (Reform-P.) tritt ebenfalls für die Sekretariats-Assistenten ein.

Staatssekretär v. Bötticher: Kaum sind andere Beamte in den letzten Jahren so stark berücksichtigt worden, wie diese Sekretariats-Assistenten, sowohl bezüglich der Gehaltserhöhung, als in bezug auf die Vermehrung der Zahl der etatsmäßigen Stellen.

Abg. Leuzmann: Daß die Zahl der etatsmäßigen Stellen so vermehrt worden ist, dafür schuldet man keinen besonderen Dank, denn das ist nur die Folge der Erkenntniß, daß man die Statistik nicht mit diätarisch besoldeten Personen machen kann, sondern festangestellte Beamte dazu braucht.

Abg. Werner bedauert, daß die Zeit des Aufrückens verlängert worden sei.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Ausrückung einer Stelle überhaupt kann nur dann erfolgen, wenn eine diätarische Stelle überhaupt vorhanden ist. Eine schnellere Aufrückungszeit hatten die Diätare früher nicht, denn sie hatten überhaupt keine etatsmäßigen Stellen.

Die Ausgaben für das Statistische Amt werden bewilligt, ebenso die für die Normal-Richtungskommission.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Berathung bis Freitag 1 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Nachtrag-antrag Preußens, betreffend die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1898 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschussantrag zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend das Stempelversteuern und die Gebühren in Verwaltungsangelegenheiten wurde die Zustimmung ertheilt. Ebenso wurde die Zustimmung ertheilt dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen betreffend die Erhebung von Abgaben behufs Deckung der Ausgaben der Handelskammern und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen für 1897/98.

Die Budgetkommission setzte die am Mittwoch abgebrochene Debatte über die Petitionen zum Postetat fort. Prinz Arenberg erklärte sich gegen jede Maßregel in der Verkehrs-erleichterung, die einen Ausfall der Einnahmen herbeiführe. Staatssekretär Posadowski erklärte, daß die verbandelten Regierungen ebenfalls jede derartige Maßregel ablehnen müßten. Singer sprach zu gunsten der Petitionen. Jagdzewski beschränkte, daß wenigstens für alle Schriftstücke im amtlichen Verkehr, soweit diese nicht Porto-frei gehen, eine Erhöhung der Gewichtsgrenze eintrete, ein Wunsch, dem sich später auch Abg. Paasche anschloß. Lingen's beantragt, auszusprechen, daß Sonntags die Paket-ausgabe, ausgenommen Eilpakete, unterbleibe und bei Telegrammen die Gebühren verdoppelt würden. Singer erklärte sich gegen den zweiten Theil des Antrages Lingen's. Pachulke spricht sich gegen beide Theile desselben aus. Die große Mehrheit der Kommission stimmt dem ersten Theile des Antrages Lingen's zu, der zweite Theil wird abgelehnt. Weiter wird beschlossen, die Petitionen um Ermäßigung der Telegraphengebühren der Regierung als Material zu überweisen; die Petitionen, die eine Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm fordern, der Regierung zur Erwägung zu empfehlen.

Bei dem Titel 9: Einnahmen aus der Zeitungsbeförderung, wird konstatiert, daß der neugeplante Zeitungstaxi vor Frühjahr 1899 nicht in Kraft treten könne.

Bei dem Titel 1 der Ausgaben, der das Gehalt des Staatssekretärs betrifft, stellt der Abg. Lingen's eine Reihe von Fragen bezüglich der Handhabung der Sonntagsruhe im Post- und Telegraphendienst, die durch die Regierungskommissare beantwortet werden.

Singer bringt einen Fall aus dem Oberpostdirektions-Bericht Meh zur Sprache, wonach es dort mit der Sonntagsruhe der Beamten noch schlecht bestellt sei; es wird Remueur in Aussicht gestellt, falls die Klagen als berechtigt sich herausstellen. Ferner bringt Singer zur Sprache, daß in Frankfurt a. M. schulpflichtige Kinder, Söhne der Unterbeamten, mit dem Neben von Vorkursadressen auf dem Postamt beschäftigt würden. Unterstaatssekretär Fischer erklärt, daß amtlich von diesem Vorgang nichts bekannt sei, der Fall solle aber untersucht werden und falls gegebenenfalls Abhilfe geschaffen werden.

Bei dem Titel Landbriefträger kündigt Singer an, daß er im Plenum zur Sprache bringen werde, warum das vom Reichstag früher beschlossene Gehaltsminimum nicht in Ansatz gekommen sei. Ueber die Anstellung von Postkassanern, als welche vielfach Landbriefträger mit einem geringeren Gehalt angestellt werden, wie sie als Landbriefträger bezogen hatten, und daß auch eine Aenderung ihrer Dienstzeit als Landbriefträger nicht statt-fände, erlläutert sich eine längere Debatte, an der sich die Abgeordneten Werner, Lieber, Webel und Müller-Fulda, von den Regierungsoberbeamten Graf von Posadowski und Geh. Rath Reumann betheiligen. Sämmtliche Redner aus der Kommission sind darin einverstanden, daß sich hierbei, wie vielfach auch bei dem Dienststellen-System, Uebelstände eingestellt hätten, die beseitigt werden müßten. Man will die Angelegenheit im Plenum weiter verfolgen und dürfte bei dieser Gelegenheit auch die Stellungnahme des preussischen Finanzministers gegenüber dem preussischen Eisenbahn-Gesetz, dessen Ge-

haltssätze für die Unterbeamten auch für den Reichs-Postetat als maßgebend erachtet wurden, zur Sprache kommen.

Singer wünscht, daß bei der Heranziehung von Aushilfskräften bei der Post, namentlich zu Wechnachten, beschäftigungslose Arbeiter an Stelle von Soldaten berücksichtigt würden. Unterstaatssekretär Fischer erklärt, daß in der Mehrzahl schon jetzt beschäftigungslose Zivilpersonen für diese Art Aushilfe herangezogen würden, man könnte aber auf das geschulte und disziplinierte Aufsichtspersonal nicht verzichten.

Die Kommission erledigte den Postetat bis zum Kapitel der einmaligen Ausgaben und vertagte die Sitzung auf Freitag.

## Partei-Nachrichten.

Aus Hannover. Der Sitz des Agitationskomitees für die Provinz Hannover ist auf Beschluß des Hildesheimer Parteitages in Hannover geblieben. Zuschriften sind an Genosse H. Meißner, Pferdestr. 9, zu richten.

Als Vertrauensmann für den 8. hannoverschen Wahlkreis ist Genosse A. Pohrdt (Woseriede 9a) wiedergewählt.

In Würzburg sprach eine stark besuchte Volksversammlung, wo Abgeordneter Grillenberger referirt hatte, den sozialdemokratischen Vertretern ihre Zustimmung zu deren Verhalten im bayerischen Landtag aus und wünschte, daß dieselben den Antrag auf Aenderung des Landtagswahlgesetzes immer und immer wieder einbringen möchten, bis endlich dieses veraltete Wahlgesetz beseitigt wird.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In einer Textilarbeiter-Versammlung, die am 17. Oktober vorigen Jahres in Finsterwalde abgehalten wurde, hat Genosse Jahn aus Berlin ein Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung ausgebracht. Laut einer Verfügung des Amtsgerichts soll er dafür auf 14 Tage ins Loch. Genosse Jahn hat gegen das absonderliche Urtheil natürlich gerichtliche Entscheidung beantragt und wird vermuthlich Erfolg haben, denn alles kann man doch schließlich auch in Finsterwalde nicht unter den Begriff des groben Unfugs bringen. Ein anderer Genosse, der ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht hat und deswegen ebenfalls 14 Tage Haft subditirt bekam, erreichte durch seinen Einspruch wenigstens das, daß die Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe von 20 M. umgewandelt wurde.

Wegen Verleumdung eines Reservelieutenants wurde Genosse Schmidt als verantwortlicher Redakteur der „Münchener Post“ zu 30 M. Strafe verurtheilt.

## Gewerkschaftliches.

Zugung von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (H. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16.)

Das provokatorische Treiben der Kühnemänner, durch Maßregelungen, Lohnreduktionen, Verlängerung der Arbeitszeit etc. die Berliner Metallarbeiter in einen allgemeinen Ausstand hinein zu führen, hat die beteiligten Arbeiterkreise veranlaßt, Maßnahmen zum gegenseitigen Schutz und zur Abwehr aller Bestrebungen zu treffen, die gegen die bisherige Lebenshaltung der Arbeiter gerichtet sind. Zu diesem Zweck soll eine Kommission für die gesammten öffentlichen Angelegenheiten der Berliner Metallarbeiter eingesetzt werden, in welche jede der beteiligten Gruppen einen Vertrauensmann nebst Stellvertreter zu senden hat. Zugleich soll unter Leitung dieser Kommission ein gemeinsamer Unterstufungs-Fonds für sämtliche Arbeiter der Metallindustrie geschaffen werden. Die Höhe des freiwilligen Beitrages hierzu soll bis auf weiteres pro Kopf und Woche 25 Pf. betragen. Durch den gemeinsamen Fonds kommen alle Spezialamalgamationen der beteiligten einzelnen Organisationen in Befall; dagegen werden auf diesem Fonds alle Unkosten der öffentlichen Agitation der Vertrauensleute, die Beiträge für die Gewerkschaftskommission, Gewerbegerichtswahlen, Maßregelungen, Streiks etc. bestritten. Alle öffentlichen oder Vereins-Institutionen der einzelnen Gruppen sind der Kommission unterstellt. Bei partiellen Streiks tritt die Unterstützung durch die Kommission nur nach Maßgabe der beteiligten unorganisirten Arbeiter ein, oder wenn die beteiligten Organisationen in ihrer Mithilfe bedürfen. Der Einmuthigung in inneren Angelegenheiten der einzelnen Organisationen hat sich die Kommission durchaus zu enthalten. Bis zum 31. Januar haben alle beteiligten Gruppen zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen und ihre Delegirten zu bestimmen, doch scheint schon jetzt das Zustandekommen völlig gesichert, so daß sich die Kommission voraussichtlich mit Beginn des nächsten Monats konstituiren und ihre Vorschläge einer zum 8. Februar geplanten allgemeinen Versammlung aller Arbeiter der Metallindustrie Berlins zur endgültigen Beschlußfassung unterbreiten kann.

Die Maler, Lackirer, Anstreicher etc. sollen — wie bürgerliche Blätter berichten — im nächsten Frühjahr eine Lohnbewegung für die Provinz Brandenburg beabsichtigen. Diese Nachricht ist unrichtig und auf Grund einer im Fachorgan der Maler erlassenen Bekanntmachung kombinirt, die die Tagesordnung des auf den 7. Februar nach Eberswalde einberufenen Provinzialtages der Maler Brandenburgs enthält, welche unter andern auch den Punkt aufweist: Unsere Lohnbewegung im Jahre 1897. Es handelt sich aber hierbei nur um die Feststellung der Forderungen, welche zu stellen, und der Bedingungen, die zu erfüllen sind, falls vielleicht die Berufskollegen in der einen oder anderen Stadt Brandenburg in diesem Jahre eine Lohnbewegung für zweckmäßig halten sollten.

Der Redakteur des „Gastwirthsgeheißens“, Genosse Zeiske in Berlin, hat sich wegen eines Urtheils, der die Arbeitsverhältnisse der Kellner im Reichstags-Restaurant betrafte, am 19. Januar vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Anklage stützt sich auf die §§ 185, 186, 200 und 41 des Str.-G.-B. und § 20 des Preßgesetzes. Durch nachträglichen Gerichtsbeschluss ist noch der § 73 des Str.-G.-B. hinzugekommen. § 185 handelt von einfacher Verleumdung § 186 von Verleumdung durch Behauptung nicht erweislich wahrer Thatsachen. Die andern Paragraphen sind formaler Natur.

Au den Kartonnagen-Fabrikant Otto Viehle in Berlin, Ludowikstr. 7, wurden im November v. J. die Forderungen gestellt: Neustandtag und 10 pCt. Lohnreduktion, was auch bewilligt wurde. Eine zu jener Zeit im „Vorwärts“ erschienene Notiz des Inhalts, daß bei selbiger Firma recht unbefriedigende Zustände herrschten, wurde von Herrn Viehle dahin berichtet, daß seine Damen laut Unterschrift jetzt voll und ganz zufrieden gestellt seien. Jetzt, am 7. Januar, wurden sämmtliche jugendliche Mädchen nach dem Komptoir gerufen, wo ihnen nach einer feierlichen Ansprache seines Geschäftsführers Herr Viehle erklärte, daß er mit heutigen Tage die 10 pCt. nicht mehr bezahlen könnte, da seine Knuden ihm erklärt hätten, für seine Sachen nicht mehr, sondern im Gegentheil weniger zahlen zu wollen. In Beziehung auf die 5stündige Arbeitszeit erklärte Herr Viehle, seinhalten könnten sie ja 8 Stunden arbeiten, was sich aber daraus erklärt, daß jetzt weniger zu thun ist.

Die zehnprozentige Lohnreduktion ist jedenfalls das schlechteste Neujahrsgeschenk, das Herr Viehle seinen Arbeiterinnen machen konnte. Er beruft sich auf die Knuden, die weniger bezahlen wollten. Legt Herr Viehle seinem Personal freiwillig zu, wenn er gute Geschäfte macht? Es ist nicht Unternehmerart, so zu thun, und so wird sich wohl auch Herr Viehle schon hüten, aus eigener Initiative sein Personal an seinem Vortheil partizipiren zu lassen, trotzdem er früher selber Arbeiter gewesen ist. Mögen diejenigen Arbeiterinnen, die der Organisation noch nicht angehören, das eben bei Herrn Viehle vorgekommene unerfreuliche Schauspiel der Lohnminderung sich zur Lehre dienen lassen, indem sie sammt und sonder der Organisation beitreten. Starke Arbeiterorganisationen sind das einzige Mittel, um die Unternehmer daran zu gewöhnen, bessere

Arbeitsbedingungen einzuführen und Verpflichtungen, die sie ihrem Personal gegenüber eingegangen sind, treu zu halten.

**Aus Weiskensfeld** wird uns unter'm 14. Januar mitgeteilt: Die Arbeit ruht heute in 19 der größten Fabriken vollständig, in den anderen arbeitet nur ein kleiner Teil Stepperinnen, die gar nicht in Betracht kommen, weil die Jüweler vollständig feiern. Heute traf Reichstags-Abgeordneter W. Bock ein und nahm an einer Sitzung der Fabrikanten und 15 Gewerkschafts- und 15 Fachvereinsvertreter teil. Am Abend sprach Bock in der Zentralthalle in einer überfüllten Versammlung und berichtete das Ergebnis der Verhandlungen, die bis jetzt zu keinem Ausgleich geführt haben. Die Zahl der jetzt Streikenden wird auf 3000 geschätzt; sie beobachten eine musterhafte Ruhe. Das Verkehrslokal ist von morgens an überfüllt. Alles steht dem Gang des Streiks mit Spannung entgegen.

Eine später eingegangene Depesche des Streikkomitees meldet uns: Jeder Einigungsversuch mit den Fabrikanten gescheitert, Generalstreik ausgebrochen.

**Ein Verband der Eisenbahner Deutschlands** ist am Mittwoch in einer Versammlung von Eisenbahndienstlichen Hamburg-Altona gegründet worden. Acht Großstädte haben der Errichtung zugestimmt. Die Versammlung nahm die vorgelegten Statuten einstimmig an und wählte dann den Vorstand. Der Referent, A. Sch. aus Paderb., führte aus: Er habe erfahren, die Eisenbahn-Verwaltung nehme gegenüber der Organisation der Eisenbahner den Standpunkt ein, daß sie der Bewegung nichts in den Weg legen wolle, solange diese sich nicht mit politischen Angelegenheiten befasse. Man habe nachstehende Forderungen bei der Eisenbahn-Verwaltung eingereicht: 1. Uneingeschränktes Koalitionsrecht, Aufhebung jeglicher Beschränkung. 2. Staatsmäßige Anstellung der Arbeiter und Hilfskräfte lediglich nach der Anciennität. 3. Baldmöglichste Einführung der achtstündigen täglichen Arbeitszeit. 4. Einführung einer geregelten Sonntagsruhe, wo irgend anging, für jeden Sonntag. 5. Gänzliche Abschaffung der Remunerationen; dafür Aufbesserung sämtlicher Löhne für Arbeiter und Hilfskräfte, sowie der Gehälter der Unterbeamten in der Weise, daß der niedrigste Lohnsatz für Arbeiter pro Tag 3.00 M., das Minimalgehalt für Unterbeamte 1200 M. pro Jahr beträgt. 6. In regelmäßigen Zeitabständen erfolgende Erhöhung der Löhne und Gehälter bis zu einem bestimmten Maximum. Diese Erhöhung ist lediglich durch die Dauer der Beschäftigung im Lohnbetriebe bedingt. — Bisher habe man indeß noch keine Antwort erhalten. Hauptächlich fordere man Verlängerung der Arbeitszeit. Es sei Sache der Parlaments-Abgeordneten, die Angelegenheit der Eisenbahner zu vertreten, damit das Publikum mit Sicherheit die Eisenbahnen benutzen könne. Allerdings würde jeder verständige Beschäftigte einsehen müssen, daß diese Forderungen nicht sogleich geregelt werden könnten. Wenn daher die Eisenbahn-Verwaltung einen Termin, bis zu welchem die Regelung erfolgen solle, bestimme, etwa 3—4 Jahre, so würden die Eisenbahner hiermit zufrieden sein.

**Aus Wegeack.** Laut Beschluß der Maurer- und Zimmerer-Versammlung vom 12. Januar dauert der Streik unverändert fort. Es wird deswegen noch dringend gebeten, den Zugang von Maurern und Zimmerern von Burgdamm, Wegeack, Blumenthal und Umgebung strengstens fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, davon Notiz zu nehmen. Das Streikkomitee. J. A. C. Schmidt, Zimmerer.

**In Schwelm** in Westfalen streiken die Former der Eisen- und Maschinenfabrik von Robert Wehn u. Co.

**In Köln** haben die Töpfer der Firma Gutjahr u. Co. die Arbeit niedergelegt, da, wie das Gewerkschaftsblatt mitteilt, die Firma sich nicht nur über die Beschwerden der Arbeiter hinwegsetze, sondern auch einige Arbeiter misshandelt.

**Der Ausstand der Arbeiter** in der Zifferfabrik Frankenthal in der Rheinpfalz ist, wie die „Pfälzische Post“ mitteilt, durch anderweitige Unterbringung der Streikenden beendet.

**In Amsterdam** wird am 17. d. M. im Industriepalast eine große vom Bunde der Bäckereigehilfen angeregte Demonstration abgehalten gegen die Nachtarbeit in Bäckereien. Vier Redner, drei Fachgenossen und ein Arzt, werden eine Resolution begründen, die sich an die Meister und den Gesehgeber richtet.

**Aus Frankreich.** In der großen Spinnerei von Ferrand in Darnetal bei Rouen haben 300 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Sie verlangen die Entlassung des Direktors Brument. Der Vorkämpfer Ferrand will sich dagegen von diesem nicht trennen.

Der Präfekt des Var-Departements hat einen Beschluß des Gemeinderaths von Toulon annulliert, der den ausländischen Werftarbeitern von La Seyne 1000 Franks aussetzte, dagegen die Bewilligung weiterer 1000 Frks. für die durch den Ausstand betroffenen Familien gutzugeben.

**In Magnocourt** bei Vesoul haben 250 Stuhlarbeiter der dortigen großen Stuhlfabrik die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer die Wiederaufnahme von fünf entlassenen Arbeitern verweigern.

### Soziales.

**Risiko der Arbeit.** Im Reschle'schen Bergwerk zu Neppitz im Sausenberger Revier wurde der Bergmann Christian Biebig aus Jütendorf verschüttet und getödtet. Der in Dienste des Unternehmens um sein Leben gekommene Arbeiter hinterläßt Frau und drei kleine Kinder.

**Zur Entlassung der vier Anarchisten aus der Arbeiter-Gewerkschaft** von Albi liegt nun eine ausführliche Erklärung des Verwaltungsrates der Gewerkschaft vor. Es ergibt sich daraus für jeden Unbefangenen, daß die Entlassung ein Akt der Notwehr war, hervorgerufen durch monatelange Verleumdungsarbeit der Betroffenen und die größte, bis zur Verhörung mit Thätlichkeiten gehende Mißachtung der Anordnungen der Verwaltung. Aber auch dann verfügte zunächst die Verwaltung eine achtstündige Arbeitsaufhebung, die in Entlassung umgewandelt wurde, nachdem erst die Kompagnons, ungeachtet der reglementmäßigen Disziplinarmaßregel, wieder in den Werkstätten erschienen waren. Die Bourgeoispreffe, die über das Schicksal der vier Verleumder Ströme von Skandalisierungsverleumdungen vergießt, sucht sie als anarchische Opfer der kollektivistischen Verwaltung umzulügen. Daß die beiderseitigen politischen Ueberzeugungen mit der Entlassung nichts zu thun haben, geht bis zur Evidenz daraus hervor, daß der Verwaltungsrat, wie Charpentier erklärt, auch jetzt noch bereit ist, der Glasarbeiter-Versammlung die Wiederaufnahme der Entlassenen vorzuschlagen, falls diese es verlangen und sich verpflichten: 1. in Zukunft die Autorität des Verwaltungsrates anzuerkennen; 2. dem Reglement sich zu fügen und 3. ihre Pflichten wie alle anderen Kameraden zu erfüllen. Was bleibt also noch von der kapitalistisch-anarchistischen Verleumdung übrig?

### Soziale Rechtspflege.

**Frühelei und Unfallrente.** Ein interessanter Rechtsstreit beschäftigte den II. Senat des Reichs-Versicherungsamts. Am 23. Juli 1895 suchte der Sohn des Landwirts Franz den Knecht seines Vaters auf dem Acker auf, um sich vom Fortschreiten der Arbeit zu überzeugen. Er glaubte, dem Knechte über die Güte seiner Arbeit Vorwürfe machen zu müssen; dieser trat ihm energisch entgegen. Erregt packte Franz nun nach dem Arbeiter, erhielt aber unversehens von ihm einen Schlag mit der Sense, so daß sein reines Auge verloren ging. Franz erhob dann bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Anspruch auf eine Unfallrente, wurde aber von dieser und dann auch vom Schiedsgericht und vom Reichs-Versicherungsamt abgewiesen. Das Rektorsgericht, unter dem Vorsitz des Direktors P. F. A. r. u. s., nahm an, der Kläger habe sich dadurch, daß er den Knecht packte und schüttelte, außerhalb des Betriebes gesetzt und der Knecht habe gleichsam in der Notwehr zugeschlagen. — Vorstehende Entscheidung befindet sich nicht recht im Einklang

mit einem Urteil des I. Senats, daß unter dem Vorbehalt des Geh. Regierungsrats Dr. Sarrazin in einer ähnlichen Sache gefällt wurde. Ein Schiffskapitän hatte einem Matrosen, der in den Raaken hing, etwas zugerufen und darauf eine unerwünschte Antwort erhalten. Nachdem der Mann heruntergekommen war, schlug der Borgefetzte mit einem Tausende auf ihn ein. Der Matrose griff indessen zum Messer und stach ihm ein Auge aus. Das Reichs-Versicherungsamt gab damals dem Antrage des Kapitäns statt und sprach ihm die verlangte Rente zu.

**Vom Obermeister der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Zunft**, Herrn Wollschläger wird uns geschrieben:

Unter Bezugnahme auf Ihre Mittheilung „Ein Junungsdiplom“ in Nr. 7 vom 9. d. M. ersuchen wir um Aufnahme nachstehender Berichtigung: Es ist richtig, daß der Vater des Lehrlings D. eine Klage auf Aufhebung des Lehrvertrages beim Junungs-Schiedsgericht anhängig gemacht hatte, unrichtig dagegen, daß das Schiedsgericht, welches am 7. August 1895 tagte, konstatirt habe, daß die Frau M. schuldhaftig sei und daß der Lehrling deren Speisereife habe essen müssen. Vielmehr wurde durch das fragliche Schiedsgericht durch Vernehmung des Lehrlings genau festgestellt, daß einmal die Frau M. dem Lehrling fremdschmeichlich angeboten habe, von einer Weisheit mitzutrinken, welcher Aufforderung der Lehrling Folge leistete, daß ein anderes Mal der Lehrling ein ihm angebotenes Stück Kuchen, von dem aber, wie ausdrücklich festgestellt wurde, die Meisterin nicht abgebrochen hatte, angenommen. Weiteres über die angebliche Verzehrung von „Speisereife“ wurde von dem Lehrling garnicht behauptet. Weder war somit das Schiedsgericht in der Lage zu erklären, daß die Schwindelkünstlerin anstehende Krankheit sei, noch daß der Lehrling auch nöthig gehabt hätte, die angebotene Stelle des Butterbrotes abzuschneiden. Eben so wenig ist festgestellt worden, daß der Lehrling körperlich geschädigt sei. Der Junungsvorstand ist vielmehr in jedem Falle ein Lehrverhältnis auf, wenn eine, das väterliche Zuchtungsrecht überschreitende Züchtung konstatirt wird. Schließlich sei bezüglich der Vorenthaltung des Diploms festgestellt, daß das dem Lehrling verliehene und von uns angefertigte Diplom nur deshalb nicht ausgegeben wurde, weil es bis jetzt trotz Benachrichtigung an den Meister es nicht abgeholt ist. — Wir werden in der Sache weitere Nachforschungen halten.

### Versammlungen.

Herr v. Egidy beabsichtigte Mittwoch Abend im Equitable-Palast, Leipzigerstraße, vor seinen Anhängern und später noch im Verein der Berliner Postassistenten über seine Bestrebungen zu sprechen. Die erste Versammlung wurde polizeilich verboten, weil der neue Saal noch nicht polizeilich abgenommen sei. Dieser Einspruch kam um so unerwarteter, als der Einberufer der Versammlung die polizeiliche Genehmigung in der Tasche hatte. Ein großer Theil der Gäste begab sich nun nach dem Berliner Handwerkerverein und nöthigte hierdurch die zahlreich erschienenen Postassistenten zur Aenderung ihrer Tagesordnung. Die geplante Diskussion über einen von Herrn v. Egidy im selben Verein im Dezember gehaltenen Vortrag wurde mit Rücksicht darauf, daß eine ungenirte Aussprache in dieser gemischten Versammlung nicht rätlich sei, unterlassen, an deren Stelle trat ein Vortrag über den Hamburger Streik. In 2 1/2 stündiger Rede gab der Vortragende im Anschluß an seine kürzlich in Hamburg veranstalteten Versammlungen ein Bild von der Entstehung, Fortführung und Wirkung des Streiks und wiederlegte die Ansicht, als sei dieser Niesensausstand ein Produkt sozialdemokratischer Schärrens. Unerträgliche Mißstände, deren Abstellung jahrelang versprochen wurde, seien die Ursache der Bewegung, die Lohnfrage läme erst in zweiter Reihe. Von den Streikbrechern sei der größte Theil unter Vorspiegelung falscher Thatsachen nach Hamburg gelockt, während der übrige Theil durch die bittere Noth an die Arbeit getrieben sei. Ein Erfolg der Ausständigen sei aber auf diese Weise nicht geschaffen. Der Vortragende geißelte besonders die Haltung des Senats und der Hamburger Bürgervertretung, die zu gunsten der Arbeitgeber wickten. Die Streikbrecher habe man gefehlvollig mit unverzögerten Waaren genährt, es seien Unfälle bezahlet, die man in normalen Zeiten nicht als erfahrungsgemäß anerkannt. Auf bloße Versprechungen dürften sich die Arbeiter diesmal unter keinen Umständen einlassen, für Abstellung der unbestreitbar vorhandenen Mißstände müsse vielmehr Gewähr geboten werden. Die wirtschaftlichen Folgen des Ausstandes ließen sich zur Zeit nicht im entferntesten übersehen, würden aber einen ganzen Staatenkönig von Prozeßen erzeugen. Die Ausführungen des Redners erzielten reichen Beifall.

Der Verband der Bauarbeiter hatte am 8. Januar eine Versammlung aberaumt, in der die Abrechnung vom letzten Quartal erfolgte. Die Einnahme betrug 182,01 M., die Ausgabe 183,02 M. Der Verband hielt im verfloffenen Jahre 12 Versammlungen und 11 Vorstandssitzungen ab. Unterstüßungen sind an die wegen des Streiks der Maurer in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen 114 M. gezahlt. Auf Sammelreisen wurden 340,05 M. gezehnet. Die hierauf vollzogene Remostral des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Baier, erster, G. n. t. h. e. r, zweiter Bevollmächtigter; K. n. t. h. a. l. e. r, erster, H. o. f. f. m. a. n. n., zweiter Kassirer; R. u. g. e. r, Schriftführer; J. e. i. t. n. e. r, B. o. m. m. e. r. t. u. n. d. K. ä. r. g. e. r, Revisoren. Die Expedition der Fachzeitung wurde dem Mitgliede K. u. v. e. l. übertragen. Zum Schluß gelangten einige interne Angelegenheiten zur Erledigung.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am 6. Januar eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. An stelle ausscheidender Vorstandsmitglieder wurden Albert Cohn zum 1. Kassirer und Wilhelm Swienty zum 1. Schriftführer gewählt. Als letzter Punkt stand die Interpellation Liepmann: Der „Handels-Angefallene“ und seine Redaktionsführung auf der Tagesordnung. In längerer Ausführungen begründete Liepmann mehrere Klagen gegen die Redaktionsführung des „Handels-Angefallenen“. Redner wendet sich speziell gegen die Angriffe des „Handels-Angefallenen“ gegen den „Vorwärts“ und die Rechtskommission desselben. Abgesehen von der vollständigen Unberichtigung der Angriffe, spricht Redner auch dem „Handels-Angefallenen“ als Gewerkschaftsblatt die Berechtigung ab, an dem „Vorwärts“ Kritik zu üben. Redner weist ferner die Angriffe zurück, die in der letzten Nummer des „Handels-Angefallenen“ gegen den „Vorwärts“ bezüglich des Hamburger Streiks gerichtet sind. Ra. a. h. erwidert darauf, daß er sich als Parteigenosse das Recht der Kritik dem Zentralorgan gegenüber nicht beschneiden lasse, als Gewerkschaftler aber das Recht, ja die Pflicht habe, in Gewerkschaftsfragen, in denen er einer anderen Meinung wie der „Vorwärts“ sei, gegen diesen zu polemisieren. Der Ton des „Handels-Angefallenen“ sei seiner Ansicht nach der einzig richtige. In der Diskussion sprachen sich B. r. e. s. l. a. u. e. r., A. l. b. e. r. t. K. o. h. n. u. S. w. i. e. n. t. y. im Sinne Liepmann's, D. i. e. h. e., H. e. r. n., L. e. s. s. e. r., L. i. s. s. a. u. e. r. u. S. i. m. o. n. s. o. h. n. d. a. g. e. g. e. n. s. i. c. h. H. i. e. r. a. u. f. w. u. r. d. e. e. i. n. e. v. o. n. L. e. s. s. e. r. e. i. n. g. e. b. r. a. c. h. t. e. R. e. s. o. l. u. t. i. o. n., w. o. n. a. c. h. d. i. e. F. r. e. i. e. V. e. r. e. i. n. i. g. u. n. g. d. e. r. K. a. u. f. l. e.u. t. e. d. e. m. R. e. d. a. k. t. o. r. a. u. f. s. e. r. m. e. h. r. i. c. h. i. b. r. e. t. r. a. u. e. n. a. u. s. s. p. r.ä. c. h. t. a. n. g. e. n. o. m. m. e. n. J. u. m. S. c. h. l. u. s. s. e. m. a. c. h. t. e. d. e. V. o. r. s. i. t. e. n. d. e. a. u. f. d. i. e. a. m. 19. d. M. s. t. a. t. t. u. n. d. e. H. a. n. d. l. u. n. g. s. g. e. h. i. l. f. e. n. - V. e. r. s. a. m. m. l. u. n. g., i. n. d. e. r. L. i. e. b. l. i. n. e. c. h. t. s. p. r.ä. c. h. t. u. n. d. a. u. f. m. e. r. k. s. a. m. i. t. e. i. n. e. m. H. o. c. h. a. u. f. d. i. e. F. r. e. i. e. V. e. r. e. i. n. i. g. u. n. g.

Eine Versammlung der Baudeputierten der Puder beschäftigte sich am 6. Januar mit den Vorkäufen auf dem Bau der Firma Bachmann u. Zaubner in der Poststraße. Die innere Puhararbeit ist dort unter dem Tarif übernommen worden, so daß schon ein Defizit von 600—700 M. entstanden war. Die Puhar traten am Montag an die Firma heran und verlangten Sicherstellung der üblichen Abschlagszahlung von 7 M. pro Tag. Da dies abgelehnt wurde, legten sämtliche Innenpuher die Arbeit nieder, auch die Fassadenpuher erklärten sich am Dienstag mit den Ausständigen solidarisch und stellten bis auf zwei die Arbeit ein. Augenblicklich sehe die Sache günstig, die Arbeiter hoffen auf einen vollständigen Sieg und erwarten von den Kollegen, daß der Bau gemieden wird. Auf dem Bau Kolophstraße, wo die Puharbeiten für 19 Pf. angenommen waren, erhöhte nach

dem Eingreifen der Kommission der Bauunternehmer den Preis auf 20 Pf. Bis bemerkt wurde, können sich die Arbeiter nicht daran gewöhnen, den Preis nur nach dem Tarif zu stellen. Ist die Arbeit zu einem niederen Preis angenommen, dann muß der Vertrauensmann kommen und den Preis vereinbaren. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dies in Zukunft sich ändert und die Puhar streng den Beschluß beachten.

Eine Versammlung der Brauerei-Hilfsarbeiter tagte am Sonntag Nachmittag im Englischen Garten und nahm ohne Diskussion einen Vortrag des Genossen Bösch über die wirtschaftlichen Kämpfe im letzten Jahre entgegen. Darauf verhandelte die Versammlung über das Verhalten des Direktors Arendt vom Münchener Brauhaus gegenüber der Ausgleichskommission der Hilfsarbeiter. Wie Schapach ausführte, hat Direktor Arendt, obgleich er sich verpflichtet habe, seine Arbeitskräfte dem Arbeitsnachweis der Organisation zu entnehmen, bis jetzt erst zwei Mann durch Vermittelung des Arbeitsnachweises eingestellt. Von dem gesamten Personal des Münchener Brauhauses seien nur vier organisiert. Die Versammlung beschloß, den vorliegenden Konflikt dem Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission zur Erledigung zu überweisen. Hieraus entstand eine längere Debatte über den Verkauf der Streitigkeiten, die sich im vorigen Jahre zwischen den Brauereiern und dem Direktor Arendt abgepielt haben, sowie über die Folgen, welche für die beteiligten Organisationen daraus entstanden sind.

Eine von ungefähr 1500 Personen besuchte Schuhmacher-Versammlung, die am Mittwoch in der Königsbank tagte, beschäftigte sich abermals mit den von den Fabrikanten eingerichteten Arbeitsnachweis. Nach den Ausführungen von W. i. l. l. n. e. r. ist der Beschluß der vorigen Versammlung, den Arbeitsnachweis bis auf weiteres zu meiden, nicht ohne Wirkung geblieben. Die Fabrikarbeiter hatten sich fast gänzlich dem Bureau ferngehalten, so daß sich die Fabrikanten durch das solidarische Verhalten der Arbeiter veranlaßt sahen, vorläufig wieder einzulassen und auch diejenigen zu beschäftigen, die man auf längere Zeit aussperren wollte. Allen Anfeinden nach haben nun auch die Unternehmer erkannt, daß es denn doch verkehrt wäre, auf einen sehr zweifelhaften Sieg hin ohne jedweden Grund eine Gesamtaussperrung der Arbeiter vorzunehmen und sie versuchen deshalb, durch allerlei Chicanes der Arbeiter, den Ausstand zu provozieren, um dann der Öffentlichkeit gegenüber den Streik als frivol von den Arbeitern heraufbeschworen bezeichnen zu können. Nicht ohne Einfluß auf die weiteren Entscheidungen des Fabrikantenverbandes wird der gegenwärtig tobende Kampf in Weiskensfeld sein, dessen Verlauf man abwarten will, um danach, wie bereits von den verschiedenen Fabrikanten angedeutet wurde, geeignete Maßnahmen zu treffen. Der Redner, der die Versammelten ersuchte, alle Differenzen mit den Unternehmern nach Möglichkeit zu vermeiden, sich aber vorzubereiten, um bei einem eventuellen ihnen aufgezungenen Kampf gerüstet zu sein, empfiehlt folgende von der Agitationskommission ausgearbeitete Resolution zur Annahme: „Die Versammlung protestirt energisch gegen die Bestimmungen des sogenannten Arbeitsnachweises der Fabrikanten, der nichts weiter vorstellt als ein Bureau, durch welches mißliebige Arbeiter mit Zuhilfenahme der schwarzen Listen aus den Fabriken ferngehalten werden sollen. Die Versammlung verlangt demzufolge und zwar aus reinen Gerechtigkeitserwägungen, daß in den Arbeitsnachweis-Ausschuss ebenso wie auch zur Arbeitsvermittlung Arbeiter hinzugezogen werden. Die Agitationskommission hat die dazu erforderlichen Schritte einzuleiten. Sollten die Fabrikanten nicht geneigt sein, den Arbeitern dieses selbstverständliche Recht einzuräumen, so erblickt die Versammlung darin den Beweis, daß die Fabrikanten den Frieden nicht wollen und damit ihr früher gegebenes Ehrenwort brechen. Die Kollegen verpflichten sich, die freiwilligen Beiträge zum Streikfonds so weit wie möglich noch zu erhöhen, nach wie vor treu zur Organisation zu halten, damit, sollten weitere Provokationen folgen, den Fabrikanten die richtige Antwort gegeben werden kann.“ In längerer, sehr treffender Ausführungen schilderte Wenzel die Ursachen der traurigen Lage der Arbeiter. Trotz der großartigen maschinellen Einrichtungen, wodurch die Schuhmacher immer mehr zu Saisonarbeitern werden, scheut man sich nicht, um das Arbeitslofenheer noch zu vergrößern und die Löhne zu drücken, die Waaren im Gefängnis herzustellen und die Frauenarbeit in der gesundheitschädlichen Schuhindustrie immer mehr einzuführen. Mit dem Hinweis, daß die Arbeiter eine Besserung ihrer Lage weder von den Unternehmern, noch unter den gegebenen Verhältnissen von der Gesehgebung zu erwarten haben, sondern lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen sind, beleuchtete der Redner die Nothwendigkeit und die Bedeutung der Organisation. Wie der Vorkämpfer, so empfiehlt auch W. e. b. e. r. die Annahme der Resolution. Hieraus wurde die Resolution einstimmig angenommen. Auf eine Anregung Niederauer's wurde beschlossen, die Sperre über den Arbeitsnachweis bis nach Abschluß der Verhandlungen aufzuheben. Nachdem W. i. l. l. n. e. r. noch die Vorgänge in Weiskensfeld beleuchtet und Wenzel auf den Kampf der Schuhmacher in Ottensen hingewiesen hatte, fand eine Resolution Annahme, in welcher den Ausständigen die Unterstützung zugesichert wird. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für die gefassten Beschlüsse energisch einzutreten, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Wilmersdorf. Im hiesigen Arbeiterbildungsverein sprach am 6. Januar Genosse K. o. s. t. e. r. in einem zweistündigen Vortrage über Anarchismus und Sozialismus. An der Debatte beteiligten sich einige Anarchisten, die ihre bekannten Konsum- und Produktivgenossenschaften empfahlen. Dem trat G. u. t. a. v. B. e. h. r. e. n. d. in eingehender Weise entgegen, indem er das Widerspruchsvolle und Ungeordnete der ganzen anarchischen Theorien darlegte.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 14. Januar. (W. Z. B.) Der Schnelldampfer „Fürst Bismarck“, welcher bei Blankenese mehrere Tage festgeseffen, ist in letzter Nacht, nachdem höherer Wasserstand eingetreten, wieder flott geworden und hat heute Nachmittag auf der Rebe von Argu-haven geankert.

Der Schnelldampfer „Normannia“, die Elbe heraufkommend, ist auch bei Blankenese auf Grund geraten, sibt aber ganz ungefährlich.

München, 14. Januar. (W. Z. B.) Im hiesigen Zuchthaus wurde heute Morgen ein Aufseher, während er in der Schuhschneiderei das Frähschiff einnahm, von einem Sträfling durch zahlreiche Stiche mit einem Schürmermesser getödtet. Das Motiv der That ist Rache.

Karlsruhe, 14. Januar. (W. Z. B.) Nach zwei Versammlungen der ausständigen Schauerleute fanden gestern Abend Straßenunruhen statt, bei welchen einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Polizeimeister erließ heute ein Verbot von Straßenansammlungen und forderte die Bürger auf, in ihren Behausungen zu bleiben.

Jülich, 14. Januar. (W. Z. B.) Das Bezirksgericht hat den früheren Ideologen Kandidaten v. Wächter von der Anklage wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit freigesprochen.

Amsterdam, 14. Januar. (W. Z. B.) Wie aus dem Haag gemeldet wird, haben gestern Abend einige Individuen vor der Wohnung des spanischen Botschafters die Marxistsche gefungen und Kundgebungen zu gunsten der spanischen Anarchisten veranstaltet. Die Polizei habe die Unteruchung der Angelegenheit, welcher jedoch wenig Bedeutung beigelegt werde, in die Hand genommen.

Biala, 14. Januar. (W. Z. B.) Einer der Räuber des Bankier Kohn in Ples, Jargyna, hat sich im Gefängnis vergiftet, indem er Zinbühlopfen verschluckte. Ein zweiter, Stach, wurde an das Kreisgericht Badowice eingeliefert, während der dritte, Wlodarski, noch flüchtig ist.

Paris, 14. Januar. (W. Z. B.) Der Kassationshof verwarf heute die Revision des wegen Brandstiftung zum Tode verurtheilten Deutschen Simon.

Wons, 14. Januar. (W. Z. B.) Die Direktoren der belgischen Kohlengruben treten demnächst hier zusammen, um sich über eine progressive Lohnherhöhung für alle Kategorien der Grubenarbeiter zu verständigen.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 14. Januar 1897. 11 Uhr. Am Ministerische Miquel und Geh. Ober-Finanzrath Lehmann.

Das Haus geht die zweite Lesung der Staatsschulden-tilgungs-Vorlage fort.

Finanzminister Miquel sucht einige ziffermäßige Angaben, die der Abg. Brömel gestern über die Steigerung der Verwendungen von Eisenbahn-Ueberschüssen zu allgemeinen Staatszwecken gemacht hat, zu widerlegen.

Abg. v. Strombeck (3.): Von einem großen finanzpolitischen Umschwunge beim Zentrum kann man nicht in dem Sinne reden. Redner legt unter lebhafter Unruhe des Hauses die finanzpolitischen Grundzüge des Zentrums ausführlich dar. Das Zentrum werde künftig wie bisher den Ausgabesteigerungen im Reiche möglichst Widerstand leisten.

Abg. Schmidt-Marburg (3.) bittet den § 1 der Vorlage abzulehnen.

Abg. v. Chruern (natl.): Für einen Ausgleichsfonds liegt kein rechtes Bedürfnis vor; er würde auch immer nur eine Art Referendums bilden. Sieht man aber von diesem Fonds ab, dann waltet kein Bedenken ob, die Schuldenstilgungs-Quote von 1/2 auf 2/3 pCt. zu erhöhen. Bei den bedeutenden Ueberschüssen der Bahnen sollten diese froulanter sein gegenüber Entschädigungsansprüchen und namentlich gegenüber berechtigten Anforderungen der Gemeinden. Für die Erweiterung der Bahnanlagen, sowie für die Sicherung des Betriebes geeignete Einrichtungen zu treffen, würden verhältnismäßig geringe Summen genügen, Summen, die nur einen bescheidenen Bruchtheil der Ueberschüsse ausmachen. Tarifermäßigungen, die der Minister auf 15 Millionen veranschlagt, sind keineswegs immer Einnahmeverminderungen. So groß, wie der Abg. Bremer schätze ich die obligatorische Schuldentilgung nicht; aber ich glaube, der Finanzminister könnte sich ein noch größeres Monument setzen, wenn es ihm gelingt, die Staatsfinanzen unabhängig zu machen von den Reichsfinanzen. (Bravo!)

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Seit das Zentrum Majoritätspartei im Reichstag geworden ist, können sich die Herren der Notwendigkeit nicht entziehen, zu bewilligen; auch die Marine- und sonstigen Forderungen werden Sie in den notwendigen Grenzen bewilligen müssen. Um die Reichseinheit nicht zu sehr zu fördern, legen Sie den Steuerdruck auf die Einzelstaaten (Sehr richtig!) Den Ausgleichsfonds halten wir für eine nützliche Sache und sind bereit an dessen Zustandekommen mitzuwirken. Tarifermäßigungen von zufälligen Ueberschüssen abhängig zu machen, halten wir nicht für angezeigt.

Abg. Brömel (fr. Vg.) bebauert, daß die Aufstellung des Eisenbahn-Stats so unübersichtlich ist, daß über die Verwendung der Ueberschüsse nichts daraus zu entnehmen ist.

Minister Miquel erkennt diese Maßregel an und will auf dessen Abstellung Bedacht nehmen. Ich bezweifle, daß eine Herabsetzung der Personentaxe in diesem Landtage eine Mehrheit finden würde.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) wendet sich eingehend gegen die Darlegungen des Abg. von Strombeck, dessen Anschauungen über die Eisenbahnverstaatlichung und dessen neue Vorschläge er als ungeheuerlich bezeichnet.

Damit schließt die Debatte über § 1; derselbe wird nach den Kommissionsbeschüssen angenommen, gegen die Stimmen der Freisinnigen, Polen und des Zentrums. — Der § 1 normirt die Tilgungsquote auf jährlich 2/3 pCt.

§ 2 wird ohne wesentliche Debatte genehmigt.

§ 3 bestimmt, daß ein Staatsüberschuß im vollen Betrage zur Schuldentilgung verwendet werden soll.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Frhr. v. Jedlich (fr.) vor, wonach zunächst aus den Ueberschüssen ein Dispositionsfonds der Eisenbahn-Verwaltung bis zur Höhe von 20 Millionen Mark gebildet werden soll.

Minister Miquel erklärt diesen Fonds für entbehrlich und den Antrag für überflüssig.

Abg. Richter (fr. Sp.) findet den § 3 ganz besonders bedenklich, denn dadurch würde jede andere Beschlußfassung über etwaige Ueberschüsse unmöglich. Redner wendet sich dann nochmals gegen die Vorlage im allgemeinen.

Minister Miquel: Herr Brömel macht mir den Vorwurf, es hätten sich unter meinem Regiment die Ausgaben zu sehr gesteigert; Herr Richter sagt, ich häuse die Gelder an! Wer von den beiden gelehrten Herren hat recht? (Heiterkeit.) Es würde mich auch gar nicht wundern, wenn Herr Richter nächstens ebenso geschickt das Gegentheil bewiese.

Abg. Dr. Bremer (L.): In Uebereinstimmung mit dem Finanzminister sind wir der Meinung, daß auch nach Ablehnung des Antrages Jedlich der Dispositionsfonds von 20 Millionen in den Etat eingestellt werden kann.

Abg. Risch (3.) schließt sich der letzteren Erklärung bezüglich des Dispositionsfonds an; ebenso der

Abg. Dr. Sattler (natl.) namens seiner politischen Freunde.

Abg. Frhr. v. Jedlich (fr.) zieht nach diesen Erklärungen seinen Antrag zurück.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Was Herr Miquel von der Dialektik des Abg. Richter behauptete, trifft auf ihn selber auch zu. Man wird bei diesen Vorwürfen erinnert an den Ausspruch Friedrich Wilhelm I., der nach Anhörung eines Advokaten sagte: Der Keel hat Recht! und als er den gegnerischen Advokaten gehört hatte: Der Keel hat auch Recht! (Heiterkeit.) Redner tritt für möglichste Wahrung des Budgetrechts der Volksvertretung ein.

Damit schließt die Beratung. § 3 der Kommissionsbeschlüsse wird angenommen, ebenso der Rest der Kommissionsvorlage debattelos und auch die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wodurch die Eisenbahn-Ueberschüsse zu allgemeinen Staatsbedürfnissen anderweit im Sinne früherer Beschlüsse des Hauses verwendet werden sollen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage über Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen.

Abg. Dr. v. Jagzewski (Pole) beantragt, den Fortbildungsunterricht an den Sonntagen nicht stattfinden zu lassen.

Abg. Frhr. v. Deere man (3.) befürwortet, Abg. v. Tschoppe (L.) und Regierungskommissar Geh. Rath Lüders beklampfen den Antrag, worauf derselbe abgelehnt wird; ebenso einige weitere Anträge, die eine Herabsetzung der Schulverfassung-Strafen bezwecken.

Die Vorlage wird unverändert angenommen. Einige Rechnungssachen gehen an die Rechnungs-Kommission. Sonnabend 11 Uhr: Lehrerbildungs-Gesetz in 3. Lesung. Schluß 4 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 14. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung findet die Konstituierung der Abtheilungen und der ständigen Ausschüsse statt, sowie die Wahl und Konstituierung von fünf neu beschlossenen Ausschüssen. In den Ausschuss für die Bestellung von Pfarrerstellen für 1897/98 ist u. a. auch Stadtv. Bernau, in denjenigen für die Vorlage wegen Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler der Realschulen Stadtv. Bogt-berr, in denjenigen für die technischen Lehrstellen Stadtv. Singer gewählt. Dem Ausschuss für die Verbreiterung der Spandauerstraße gehören Voat her und Bernau, demjenigen

für die Neu-Eintheilung der Gemeinde-Wahlbezirke Bruns und Borgmann an.

Zu betreff der Regulierung der Wallstraße und des uferseitig angrenzenden Theils des Spittelmarkts hat der Magistrat drei Vorlagen gemacht, welche von einem Ausschuss vorbereitet worden sind. Dem Vertrag mit dem Fiskus, wonach behufs Gewinnung einer neuen Uferlinie des Spreeschleusenkanals zur Anlage eines Fußgängerweges von der Wallstraße bis zur Gertraudenbrücke gewisse Flächen der beglücklichen städtischen Grundstücke gegen einen Flächenstreifen des Kanals ausgelassen werden sollen, empfiehlt der Ausschuss zuzustimmen. Die Regulierung der Wallstraße soll wegen der hohen Forderungen der Grundeigentümer einstweilen in suspensio bleiben und nur das Grundstück Nr. 98 im Wege der Enteignung erworben werden. Auch hiermit hat der Ausschuss sich einverstanden erklärt, nachdem die Anträge auf schnelle Regulierung der ganzen Wallstraße abgelehnt waren; doch gelangte gleichzeitig im Ausschuss der Antrag zur Annahme, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, nach welcher die Wallstraße vom Spittelmarkt bis zur Neuen Grünstraße nach Maßgabe der festgesetzten Fluchtlinie durchgeführt wird. Auch die nachgeforderte Ermächtigung zur freihändigen Veräußerung der Grundstücke Spittelmarkt 4—7 zum Preise von 960 Mark für das Quadratmeter soll erteilt werden.

Stadtv. Kuhlmann hebt als Referent hervor, daß die Stadt jetzt Gelegenheit zum Verkauf der Grundstücke am Spittelmarkt 4/7 habe an eine potente Architektenfirma, wenn der schon früher projektierte Fußgängerweg längs des Kanals zur Ausführung gelange, und unter dieser Voraussetzung zum respektablen Preise von 960 M. für das Quadratmeter. Der Fußgängerweg sei zwar ohne Anlaß nicht mehr so reizvoll, aber für den Verkehr und für die endliche Regulierung des Spittelmarkts durchaus notwendig. Zur Beschleunigung der Regulierung der Wallstraße in ihrem ganzen Umfange habe die Mehrheit des Ausschusses sich nicht entschließen können, so dringlich diese seit 30 Jahren angestrebte Regulierung sei. Die drei Vorlagen hätten einstimmige Billigung gefunden, denn es sei die höchste Zeit, dem unerfreulichen baulichen Zustand an der Gertraudenbrücke und am Spittelmarkt bis zur Wallstraße ein Ende zu machen. Inzwischen hat Herr Ravens an die Stadt geschrieben, er wolle von seiner ursprünglichen von der Versammlung für viel zu hoch erachteten Forderung für das behaute Grundstück Wallstraße 92/93 erheblich ablassen und die beiden ihm gehörigen Grundstücke 97 und 97a von 215 Quadratmetern Fläche der Stadt schenken, wenn er sich mit dem Magistrat freihändig einigen könnte. Referent sieht hierin einen Anfang zur wirklichen Ausführung der Regulierung der Wallstraße und hofft, daß die übrigen Besitzer mit ähnlichen Nachlassangeboten nachfolgen werden.

Stadtv. Meyer beantragt infolge dieses Angebots, welches die Sachlage vollständig verändere, Zurückverweisung der Vorlagen an den Ausschuss.

Stadtrath Voigt: Die neuen Angebote beziehen sich lediglich auf die Wallstraße; die drei Vorlagen werden davon gar nicht berührt. Eine nochmalige Ausschussberatung würde absolut kein anderes Ergebnis haben.

Stadtv. Borgmann: Auch ich bin nicht der Meinung, daß die Angelegenheit an den Ausschuss zurückzuverweisen sei. Die Verbreiterung der Wallstraße gehört keineswegs notwendig mit der Regulierung des Spittelmarktes bis zur Gertraudenbrücke zusammen. Daß es für die Stadtgemeinde nur von Vortheil sein kann, für den genannten Preis zu verkaufen, wird allgemein anerkannt; die Anlage des Fußgänger-Weges ist ebenfalls als Bedürfnis anerkannt. Die Nothwendigkeit der endlichen Verbreiterung der Wallstraße wird auch von mir durchaus zugegeben; nicht aber, daß es praktisch wäre, nur den Theil bis zur Neuen Grünstraße zu regulieren. Denn mit solcher theilweiser Regulierung würde nur ein Steigen des Preises der Grundstücke in dem übrigen Theil der Wallstraße bewirkt werden und wir würden dort mehr zu bezahlen haben für den etwaigen Ankauf von Grundstücken, nachdem wir den ersten Theil der Straße mit unsere eigenen städtischen Geld regulirt haben. Wir brauchen keine Verbeugung vor den beiden großen Grundbesitzern in diesem Theile, deren einer Herr Ravens ist, zu machen. Sehr wohl aber ließe sich ein Ortsstatut schaffen, das Anlieger zu den Kosten auf Grund des Kommunalabgabengesetzes heranzuziehen, sobald nachgewiesen ist, daß sie von der Anlage Vortheil haben. Wir haben keine Ursache, durch städtische Gelder reiche Leute noch reicher zu machen.

Stadtv. Kalisch sieht theoretisch auf demselben Boden hinsichtlich der Forderung der Heranziehung der Adjazenten zu den Kosten der Verbreiterung; es sei aber bereits festgestellt, daß die Stadt ein solches Ortsstatut nicht erlassen könne.

Nachdem Stadtv. Meyer nochmals für Zurückverweisung gesprochen und namentlich geltend gemacht hat, daß nichts zu einem eiligen Abschluß dränge, tritt auch der Oberbürgermeister Zelle selbst für die sofortige Annahme der Vorlage ein. Der Käufer müsse doch wissen, ob und wie er an der Stelle bauen könne, und sei doch nicht dauernd an sein Gebot gebunden. Die Anregung des Stadtv. Borgmann werde im Magistrat gründlichst erwogen werden. (Beifall.)

Die Zurückverweisung wird gegen wenige Stimmen abgelehnt; die 3 Vorlagen gelangen mit großer Mehrheit zur Annahme, außerdem wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder die Resolution wegen theilweiser Verbreiterung der Wallstraße angenommen.

Das Gehalt des neu zu wählenden Oberinspektors der Zentralmarkthallen soll auf 5000 M. normirt werden. Zu den Kosten der Arbeiten des Ausschusses für die Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals soll noch einmal ein Beitrag von 500 M. aus dem Dispositionsquantum für unvorhergesehene Ausgaben gezahlt werden.

Beiden Vorlagen erteilt die Versammlung ihre Zustimmung ohne Debatte.

Die Stadtv. Kuhlmann u. Gen. beantragen, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, wie weit die Reform des Müllabfuhrwesens gediehen ist.

Stadtv. Kuhlmann fährt aus, daß das Abladen des Mülls wieder „eine wilde Sache“ geworden sei, da auf den städtischen Abladepöhlen der hohen Preise wegen kein Müll mehr abgeladen werde.

Stadtrath Mielenz: Die Hausbesitzer mögen sich mit ihren Beschwerden an die Fuhrleute wenden, die so unverschämt an uns herangekommen sind.

Stadtv. Gerike: Alles bleibt beim alten, höchstens erfolgt ein Rückschritt.

Stadtv. Hermes verweist auf die Abscheuerichtungen in Budapest, die er für nachahmenswerth erklärt. Ein Ortsbesitzer überreicht dort das ganze Müll der Stadt auf sein nahe gelegenes Gut; dort wird eine Auslese gehalten, für welche auch ein Schüttelwert thätig ist.

Stadtsyndikus Meubriuk entgegnet, daß die Auslese des rohen Mülls durch Menschenhand hygienisch sehr bedenklich ist.

Stadtv. Gsmann spricht sich für das Wechseltapfen-System aus. Damit schließt die Besprechung.

Zum Anschluß der katholischen Garnisonkirche an der Straße 17 Abth. II des Bebauungsplans und der jüdischen Garnison-Kirche an der Straße 37 Abth. II des Bebauungsplans an die städtische Gas-, Wasser- und Kanalisationsleitung soll die Versammlung ihr grundsätzliches Einverständnis aussprechen.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte. Zur Feier des 400jährigen Geburtstages Philipp Melancthon's wird in den höheren Schulen am 16. Februar d. J. eine besondere Veranstaltung stattfinden. Um der Feier eine besondere

Weiche zu geben, will der Magistrat an diesem Tage jeder der höheren städtischen Schulen (auch der Mädchenschulen) eine Melancthon-Wüste mit Konsole zum Geschenk machen und vor der Freier in den Aulen aufstellen lassen. Die Kosten sind auf circa 1200 M. (ca. 80 M. für jede der 38 Schulen) veranschlagt.

Die Vorlage wird angenommen. Schluß nach 8 Uhr.

Die Kebricht- und Schneefahrt aus den Straßen Berlins ist für die drei Jahre vom 1. April 1897 bis 31. März 1900 neu ausgeschrieben worden. Die höchste Forderung aus dieser Ausschreibung betrug 680 000 M. für die Kebrichtabfuhr und 2,75 M. für die Fuhr Schneefahrt, die Mindestforderung dagegen, welche von dem bisherigen Unternehmer A. Labbert abgegeben wurde, 571 200 M. und beziehungsweise 2,50 M. Für die verfloßenen drei Jahre wurde für die Kebrichtabfuhr eine Pauschsumme von 582 000 M. und für jede Schneefahrt eine Vergütung von 2,60 gezahlt. Das am 1. April 1896 der regelmäßigen Reinigung unterworfenen Straßengebiet umfaßte 8 982 561 Quadratmeter, das am 1. April 1893 8 496 599 Quadratmeter, es hat sich also das Straßengebiet in den betreffenden drei Jahren um 545 962 Quadratmeter vergrößert, so daß naturgemäß für die kommenden drei Jahre eine höhere Forderung zu erwarten war. Da Herr Labbert der Mindestfordernde geblieben ist, so soll ihm die Kebricht- und Schneefahrt wiederum übertragen werden.

Die Firma Ludwig Löwe u. Co. beabsichtigt für ihre in Martinidenfelde und in Berlin gelegenen Fabrikanlagen eine Verbindung mit dem Bahnhofe Beustelstraße der Ringbahn herzustellen und hat hierzu die Genehmigung des Magistrats und des königl. Polizeipräsidiums nachgesucht.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Während ganz Deutschland das Ende des Hamburger Streiks herbeiseht, hegen die „Hamburger Nachrichten“ in der alten Weise weiter, um einen Vergleich zwischen den Arbeitern, Stauern und Hafenarbeitern zu vereiteln. Das Organ Bismarck's schreibt: „Wir können den Arbeitgebern nicht raten, auf die Bedingungen der Streiker einzugehen; sie würden damit auf Seiten der letzteren das Bewußtsein eines erzwungenen Erfolges hervorruufen, das naturgemäß den Anreiz zur Wiederholung des jetzigen Streiks unter günstigen Umständen erhöht. Außerdem sollte unserer Ansicht nach im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft nicht auf die Niederlage Berzigt geleistet werden, welche die Sozialdemokratie erleidet, wenn der bisherige Streik mit bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit endet. Wir haben diese prinzipielle Seite der Sache oft genug hervorgehoben und können uns darauf beschränken, die Erwartung anzuspoken, daß die Arbeitgeber der Sozialdemokratie nicht in erster Stunde einen Triumph verschaffen und das mit einem prinzipiellen Zugeständniß erkaufen, was sie binnen kurzem ohne dasselbe erreichen können. Es muß hier eine heilsame Lehre auf dem Wege der Abschredungstheorie erteilt werden, sonst haben wir über kurz oder lang dieselben Kämpfe wie jetzt noch einmal durchzuführen.“

Das Blatt kommt mit seinen Rathschlägen einen Posttag zu spät. Von einer Niederlage der Arbeiter kann nach der Fassung und dem Inhalte des Schreibens, das der Arbeitgeberverband an den Senat gerichtet hat, nur noch das Gekochte reden, das sich für den lebenden Todten im Schiffsenvalde profitirt und das bei der Durchführung seiner geheiligten Absichten notorisch nicht einmal vor dem Verbrechen des Landesverrats jurisdikt. Bezeichnend für die jetzigen Zustände ist es, daß Leute, die nach § 92, 1 des Strafgesetzbuchs ins Zuchthaus gehören, sich erdreisten, die Abschredungstheorie gegen die Arbeiter zu predigen.

Aus Hamburg wird uns berichtet: Außer mehreren höchst bedauerlichen Gerichtsentscheidungen sind gegen streikende Hafenarbeiter bis jetzt 141 Strafverurtheilungen ergangen, vielfach nur deshalb, weil die betreffenden das Freihafengebiet betreten haben. Dieses war schon seit Wochen für Streikende abgeperrt, jedoch waren die Schutzleute verunstigt genug, die ruhig ihres Weges gehenden Leute nicht anzuhalten und auszuweisen. Seit Dienstag dieser Woche wird aber jeder, der zu den Ausständigen gehört oder nach Ansicht der Polizeibeamten zu den Streikenden gehört, zur Hervorrufung welcher Ansicht ja vor einigen Tagen schon das Tragen einer — blauen Hose genüge, angehalten, zur Wache gebracht und hat ein Strafmandat zu gewärtigen. Am Mittwoch wurden 12 solcher Verhaftungen vorgenommen, obwohl die Leute sämtlich nichts anderes gethan haben, als daß sie das Freihafengebiet durchqueren, nicht etwa darin standen oder hin und her gingen. Insgesamt waren bis Mittwoch Abend, soweit es zur Kenntniß des Streikkomitees gekommen ist, 114 Verhaftungen vorgenommen, ganz ungerechnet die vielen Sistirungen und die zahllosen Ausnahmen von Personalien auf offener Straße. Und das alles, obwohl der Polizeichef Senator Dr. Bachmann der Deputation des Klein-erwerbtreibenden gegenüber vor einigen Wochen seine Anerkennung für die musterhafte Haltung der Ausständigen aussprach und die Ausständigen dieses in der That musterhafte Verhalten bis zu dieser Stunde bewahrt haben. Oberlieutenant a. D. v. Egidy jagte neulich, keine der Schlächten, die er mitgemacht, habe ihm so imponirt, wie der Lohnkampf der Hamburger Hafenarbeiter, der wahrhaft sittliche Grundlagen habe. So denkt jeder uprurtheillose Mensch, und mehr als einmal habe ich während der Dauer des Streiks von Einheimischen und Fremden gehört, daß ihnen bei dem ganzen Ausstände die wahrhaft musterthätige Haltung der Streikenden am allermeisten imponire. Wie soll man diesen thatsächlichen Verhältnissen gegenüber die Maßnahmen der Behörden und die Urtheile der Gerichte verstehen! Und nun gar die Ausweisungen von Ausländern, die in Hamburg ausgesprochen wurden. Ist man doch sogar soweit gegangen, daß man einem Dänen, der sich als Schauer mann seit 1889 in Wilhelmshafen und seit etwa vier Monaten in Hamburg aufhält, während der Dauer des Ausstandes alswöhnlich einen Polizeibeamten ins Haus schickte, der ihm bedeutete, wenn er keine Arbeit nachweise, könne ihm der Aufenthalt in Hamburg nicht gestattet werden. Da der Mann auch in der letzten Woche keine Arbeit nachweisen konnte, weil er trotz aller polizeilichen Ermahnungen fest zu den Ausständigen hält, ist ihm am Mittwoch vom Polizeidirektor von Clausen die Ordre zugestellt worden, daß er binnen acht Tagen das hamburgische Gebiet zu verlassen habe. Das ist nun schon die dritte Ausweisung, die mit dem Streik in Verbindung steht.

Am Mittwoch kamen wieder vier sehr schwere und eine große Anzahl leichtere Unglücksfälle vor. Zwei Schwerverletzte wurden nicht, wie sonst, nach dem Krankenhaus gebracht, sondern nach dem Hotelschiff „Courier“, und zwar, wie man allgemein vermuthet, weil in den beiden Hamburger Krankenhäusern kein Platz mehr ist.

Im Hafen lagen am Mittwoch Abend 207 Dampfer, große Seeschiffe in den Elbhäfen überhaupt 344, eine ganz ungeheuerliche Zahl. Bei Brunsbüttel liegen 12 Steamer, davon gehören der Hamburg-Amerika-Linie allein 6. Unter diesen befinden sich die beiden Schnelldampfer „Normannia“ und „Fähr Bismarck“. Die Mannschaft des letzteren sollte, als sie vor wenigen Tagen ankam, auf den „Fähr Bismarck“ übermütern, war aber schon in England von der Situation in Hamburg in Kenntniß gesetzt.

Die „Konservative Korrespondenz“ sucht in einer Polemik gegen einen Leitartikel des „Vorwärts“ die Hamburger Arbeiter von der Schuld an dem Streik reinzuwaschen und dafür, da irgendetwas doch die Schuld tragen muß, diese unserer Partei aufzuhalsen. Um unsererseits alles zu vermeiden, was der Anbahnung des Friedens in Hamburg hinderlich sein könnte, verzichten wir darauf, uns mit





